

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg)

Er erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, 8. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzzeile oder deren Raum 80 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Vom Wert, Zweck und Nutzen unseres Zimmererverbandes.

II.

Die Notwendigkeit

höherer Löhne und verkürzter Arbeitszeit.

Lieber Kamerad! Im vorigen Abschnitt deutete ich bereits an, daß unsere wirtschaftliche Lage keine gute ist und daß es deshalb dringend notwendig ist, mit Hilfe der Organisation die bessernde Hand anzulegen und zu versuchen, unsere Löhne zu erhöhen und unsere Arbeitszeit zu verkürzen.

Ueber die Notwendigkeit der Verbesserung unserer Löhne wäre eigentlich kein Wort weiter zu verlieren. In welcher ungeheurer Weise ist der Geldwert in den letzten 20 Jahren gesunken! Vor 20 Jahren konnte eine Arbeiterfrau mit einer gleichen Geldsumme fast das Doppelte an Nahrungsmitteln einkaufen als heute. Der Staat hat die indirekte Steuerschraube zum Plagen fest angezogen. Auf alle Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände lasten ungeheure Zölle. Und trotz allem bliebe der Lohn der Arbeiter der gleiche wie in früheren Jahren, wenn sie sich in ihrer gewerkschaftlichen Organisation nicht ein Instrument geschmiedet hätten, das sie in die Lage versetzt, den Unternehmern mit erhöhten Lohnforderungen entgegenzutreten und diese, wenn es sein muß, mit der Waffe des Streiks zu erkämpfen. Und von dem Mittel des Streiks hat die organisierte Arbeiterschaft schon sehr oft Gebrauch gemacht und sich auf diesem Wege Lohn-erhöhungen erkämpft. Oftmals ist das letzte Mittel, der Streik, gar nicht nötig gewesen. Das Unternehmertum begriff, daß hinter den Lohnforderungen der Arbeiterschaft deren Organisation mit ihren Machtmitteln stand; es verzichtete deshalb darauf, es auf einen Kampf ankommen zu lassen und versuchte, sich mit den Arbeitern in Güte zu einigen.

So hat es die Gewerkschaftsorganisation verstanden, die Verteuerungen durch erhöhte Löhne einigermaßen auszugleichen. Wäre sie nicht vorhanden, dann wären unsere Löhne noch heute so niedrig wie vor Jahrzehnten und Proletariennot und Proletariereleid wären in noch stärkerem Grade vorhanden. Denn aus gutem Herzen gewährt kein Unternehmer eine Lohnerhöhung. Was in dieser Richtung bisher erreicht wurde, das haben die Arbeiter nur ihrer Gewerkschaftsorganisation zu verdanken, die vom Unternehmertum gefürchtet wird und sich heute kraft ihrer Macht in den meisten Betrieben ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohnhöhe erkämpft hat. Die Tausende zwischen Gewerkschaft und Unternehmertum abgeschlossenen Tarifverträge sind nichts weiter als Dokumente des Macht-ausdrucks der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Ich gestatte mir nunmehr, auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hinzuweisen. Diese Frage ist genau so wichtig, ja noch wichtiger als die Frage der Lohnerhöhung. Denn die Arbeitszeit in ihrer Länge oder Kürze wirkt als Regulator der Lohnhöhe. Deshalb haben die Gewerkschaften und hat auch unser Verband der Zimmerer es nie unterlassen, der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und auch auf diesem Gebiete sind die bisherigen Erfolge der Gewerkschaften recht befriedigende. Dort wo früher eine unbeschränkte tägliche Arbeitszeit herrschte, ist heute der Zehn-, Neun- oder auch schon der Achtstundentag eingeführt worden. Die übermäßig lange Arbeitszeit in früheren Jahrzehnten von elf-, zwölf-, ja dreizehn- bis fünfzehn-stündiger Tagesdauer ist verschwunden. Und in gleichem Rhythmus sind die Löhne gestiegen.

Lieber Kamerad! Du wirst fragen, wie das zugeht. Nun, es sind eherne ökonomische Gesetze, nach denen sich Arbeitsdauer und Lohnsatz regeln. Merke: Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger der Lohn, und je kürzer die Arbeitszeit, desto höher der Lohn. Und die Ursache dieses wirtschaftlichen Grundgesetzes liegt darin begründet, daß bei

verkürzter Arbeitszeit mehr Arbeiter im Berufe Beschäftigung finden und folglich der Arbeitsmarkt von Arbeit-suchenden entlastet wird. Mit der erhöhten Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft steigt aber auch zugleich deren Wert. Das ist mit jeder Ware so, und hier macht auch Deine Arbeitskraft als Ware, die Du zu verkaufen hast, keine Ausnahme. Je kürzer die Arbeitszeit, um so mehr Berufsangehörige finden Beschäftigung; auf dem Arbeitsmarkt bieten sich dann weniger Arbeitskräfte an, der Unternehmer aber braucht sie und muß, um sie zu erhalten, mit seinem Lohnangebot in die Höhe gehen. Ist umgekehrt eine lange Arbeitszeit im Berufe üblich, dann ergibt sich daraus eine größere Arbeitslosigkeit und ein erhöhtes Angebot von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt. Und nun muß der Preis für die Ware Arbeitskraft sinken; denn das Unternehmertum findet eine größere Auswahl vor und wählt sich selbstverständlich die billigsten Arbeitskräfte aus.

Hieraus ergibt sich, daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, den Wert der verkürzten Arbeitszeit unter keinen Umständen zu unterschätzen. Sie muß stets darauf bedacht sein, einer immer intensiveren Verkürzung der Arbeitszeit zuzustreben, nur sie verbürgt ein stabiles Steigen der Löhne. Deshalb beobachten wir ja auch so oft bei den Lohnkämpfen der Arbeiter, daß die Unternehmer sich mit aller Gewalt der Verkürzung der Arbeitszeit entgegenstemmen. Sie wissen ganz genau, daß die verkürzte Arbeitszeit auch höhere Löhne im Gefolge haben muß.

Im übrigen sprechen auch noch andere wichtige Momente für die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Frage ist eine Kulturfrage allerersten Ranges. Nicht nur, daß die verkürzte Arbeitszeit der Arbeiterschaft höhere Löhne und damit besseren Wohlstand bringt, sie ist auch für die geistige und körperliche Pflege des Arbeiters von geradezu eminenter Bedeutung. Der Arbeiter, der sich durch die Kraft seiner Organisation eine verkürzte Arbeitszeit erkämpft hat, hat damit die Gelegenheit erworben, mit seiner Ware Arbeitskraft hausälterischer umgehen zu können. Er gewinnt Zeit zu körperlicher Erholung. Er kann sich die Errungenschaften der Hygiene, der modernen Gesundheitspflege nutzbar machen und sich nach Arbeits-schluß in der freien, schönen Natur oder in den städtischen Parkanlagen ergehen und seine Lungen baden in frischer Luft. Er gewinnt Zeit, die modernen Badeeinrichtungen zu benutzen, er kann seinen Körper auf jede Weise pflegen. Darum bedeutet verkürzte Arbeitszeit verlängertes Leben.

Die verkürzte Arbeitszeit bedeutet aber noch mehr. Sie gibt den Arbeiter seiner Familie wieder. Ach, da zetert unsere honette bürgerliche Gesellschaft in den höchsten Füsteltönen, daß es die „böse“ Sozialdemokratie sei, die das Familienleben zerstören wolle. Gerade aber die moderne Arbeiterbewegung ist es, die den Arbeiter wieder einem geordneten Familienleben zuführt. Und nicht die Sozialdemokratie, sondern der vor nichts haltmachende Kapitalismus ist es, der das deutsche Familienleben, von dem bürgerliche Nesthocker oft so schön geistreicheln, zerstören will und zum großen Teile schon zerstört hat. Er hat nicht nur den Familienvater, sondern auch die Mutter ihrer Kinder und oft auch schon diese selbst in den Pferch der Ausbeutung gezwängt und damit das Familienleben, das in bürgerlichen Duzendromanen so schön geschildert wird, zerrüttet und zerstört. Und jetzt ist es unsere moderne Arbeiterbewegung, die bemüht ist, dem Familienleben einen Hauch seines früheren frohen Schimmers wieder zurückzugeben, indem sie dem Arbeiter verkürzte Arbeitszeit und höhere Löhne verschafft. Die verkürzte Arbeitszeit gibt den Arbeiter wenigstens zum Teil seiner Familie wieder. Bei einer Arbeitszeit von 12 bis 15 Stunden pro Tag aber war er seiner Familie entfremdet. . . .

Du ersiehst daraus, lieber Kamerad, daß die Gewerkschaft Großes und Gutes leistet. Die moderne Arbeiterbewegung ist eine Kulturbewegung im vollsten Sinne des Wortes. Jeder aufgeklärte Arbeiter wird ihr deshalb

auch seine ganze Zuneigung und Liebe entgegenbringen und keine Opfer scheuen, um seine Gewerkschaftsorganisation immer stärker und mächtiger zu gestalten!

Hier möchte ich dieses Kapitel schließen, obwohl über den Wert der verkürzten Arbeitszeit noch viel zu sagen wäre. Doch davon später. Für jetzt nur noch so viel, daß die verkürzte Arbeitszeit nicht nur höhere Löhne garantiert, die Gesundheit schützt, das Leben verlängert und ein geordnetes Familienleben schafft, sie gibt auch der Arbeiterschaft Muße, sich geistig zu vervollkommen und zu höherem Wissen und vollendeter Bildung emporzusteigen! Wissen aber ist Macht, und Bildung macht frei! Doch darüber in einem späteren Kapitel.

Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im ersten Quartal 1912.

Am Schlusse des vierten Quartals 1911 waren 758 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des ersten Quartals 1912 wurden 23 neu errichtet, 5 lösten sich auf und 3 traten zu einer andern Zahlstelle über, so daß am Schlusse des ersten Quartals 1912 773 Zahlstellen gezählt wurden.

Seit dem Jahre 1908 betrug am Schlusse des ersten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1908	717	1910	728
1909	711	1911	727
		1912	773

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vierten Quartals 1911 59 320. Im Laufe des ersten Quartals 1912 betrug der Zugang 7920 Mitglieder, der Abgang 6274. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des ersten Quartals 1912 60 966. (Die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender.)

Seit dem Jahre 1908 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals:

1908	52 852	1910	55 389
1909	49 221	1911	55 790
		1912	60 966

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1908 im ersten Quartal:

1908	+ 420	1910	+ 1568
1909	+ 75	1911	+ 1240
		1912	+ 1646

Wie sich in den einzelnen Bundesstaaten bzw. Landesteilen des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltet, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals 1912 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Bundesstaaten und Landesteile	1911		1912		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.	Zahlst.	Mitgl.
Östpreußen	27	1822	17	968	+ 2	+ 288
Westpreußen	15	1329	15	1329	+ 3	+ 187
Brandenburg	79	5410	81	5617	+ 2	+ 207
Pommern	46	1767	49	1965	+ 3	+ 198
Posen	19	838	16	744	- 3	- 89
Schlesien	61	3679	63	4253	+ 2	+ 574
Provinz Sachsen	57	3580	66	3907	+ 9	+ 327
Schleswig-Holstein	48	2469	51	2580	+ 3	+ 111
Hannover	43	2661	45	2733	+ 2	+ 72
Westfalen	22	1044	22	1352	-	+ 308
Hessen-Nassau	10	2049	15	2188	+ 5	+ 139
Rheinland	22	2039	22	2263	-	+ 24
Königreich Preußen	434	27353	462	29899	+ 28	+ 2546

Bundesstaaten und Landesteile	1911		1912		Zu (+) oder Abgang (-)	
	Bahff.	Mitgl.	Bahff.	Mitgl.	Bahff.	Mitgl.
Bayern	49	4472	53	4959	+ 4	+ 487
Rheinpfalz	5	194	6	201	+ 1	+ 7
Königreich Sachsen	57	10171	61	11508	+ 4	+ 1337
Württemberg	17	1289	16	1495	- 1	+ 206
Baden	12	941	11	740	- 1	- 201
Hessen	8	474	8	519	-	+ 45
Mecklenburg-Schwerin	49	1478	49	1569	-	+ 91
Sachsen-Weimar	9	735	11	840	+ 2	+ 105
Mecklenburg-Strelitz	9	310	9	320	-	+ 10
Oldenburg	10	644	10	666	-	+ 22
Braunschweig	11	481	14	628	+ 3	+ 147
Sachsen-Meiningen	7	372	10	440	+ 3	+ 68
Sachsen-Altenburg	8	477	8	482	-	+ 5
Sachsen-Coburg-Gotha	7	512	7	588	-	+ 76
Anhalt	8	296	9	351	+ 1	+ 55
Schwarzburg-Rudolstadt	5	166	6	197	+ 1	+ 31
Schwarzburg-Sondershausen	2	111	2	105	-	- 6
Waldeck	1	31	1	31	-	-
Neuß ältere Linie	1	65	1	84	-	+ 19
Neuß jüngere Linie	1	226	2	269	+ 1	+ 43
Schaumburg-Lippe	1	29	1	28	-	- 1
Lippe-Deimold	3	60	3	63	-	+ 3
Lübeck	2	261	2	265	-	+ 4
Bremen	1	880	1	838	-	- 42
Hamburg	4	2931	4	3036	-	+ 105
Elßaß-Lothringen	6	751	6	775	-	+ 24
Einzelzahler der Hauptkasse	-	80	-	70	-	- 10
Deutsches Reich insgesamt	727	56790	773	60966	+ 46	+ 5176

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im ersten Quartal 1912 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1911		1912		Zu (+) oder Abgang (-)	
	Bahff.	Mitgl.	Bahff.	Mitgl.	Bahff.	Mitgl.
Über 100 000 Einwohner	41	25633	42	27520	+ 1	+ 1887
Von 20 000 bis 100 000 Einw.	139	12184	141	13128	+ 2	+ 944
" 5 000 " 20 000 "	290	11001	280	12149	- 10	+ 1148
" 2 000 " 5 000 "	174	4828	204	5714	+ 30	+ 886
Unter 2 000 Einwohner	83	2064	106	2385	+ 23	+ 321

Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen ist im ersten Quartal immer niedriger als in den andern Quartalen, da nur für einen Monat regelmäßige Beiträge erhoben werden. Seit 1908 stellt sich die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen im ersten Quartal wie folgt:

1908	M. 232 557,70	1910	M. 351 625,66
1909	192 526,48	1911	318 208,04
1912	M. 408 921,19		

Die diesjährige Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus: Eintrittsgebühren M. 3087,50, Zentralfondswochenbeiträgen M. 227 238,45, Lokalfondswochenbeiträgen M. 62 193,35 und sonstigen Einnahmen M. 116 401,89.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1908 im ersten Quartal:

1908	M. 129 938,99	1910	M. 118 135,41
1909	144 030,73	1911	125 965,57
1912	M. 149 466,66		

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1908 im ersten Quartal eingefandt:

Jahr	An laufenden Beiträgen		Für den Streifonds		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1908	184542	24	16440	09	200982	33
1909	187267	55	1194	70	188462	25
1910	220329	85	121868	65	342198	50
1911	307165	40	1067	35	308232	75
1912	837684	35	132	60	837816	95

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1908 im ersten Quartal:

1908	M. 522 360,86	1910	M. 459 029,95
1909	692 446,47	1911	591 875,89
1912	M. 754 744,70		

Für Streif- und Gemäßregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1908 im ersten Quartal:

Jahr	Streifunterstützung		Gemäßregelunterstützung		Für Agitation		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1908	34929	30	2268	22	32511	85	69709	37
1909	18768	45	2431	15	34150	86	55350	46
1910	8802	80	2253	27	37153	08	48209	15
1911	31226	24	2092	19	42066	39	75384	82
1912	21393	79	3278	64	37122	28	61794	71

An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse im ersten Quartal:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung		Reiseunterstützung		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1908	361886	25	31849	15	392735	30
1909	540495	25	28471	55	568966	80
1910	324987	75	16088	75	341076	50
1911	420478	50	17196	75	437675	25
1912	597013	75	22084	10	619097	85

Seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande (1. Dezember 1905) wurden seitens unserer Verbandshauptkasse für diesen Unterstützungsweig M. 2 814 028 ausgegeben.

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1908 am Schlusse des ersten Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Zahlstellen		In den Zahlstellen verbliebene Hauptkassengelder		Bestand in der Hauptkasse		Summa	
	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1908	464788	03	30248	19	718147	62	1213183	84
1909	457830	32	37160	78	680378	89	1175369	99
1910	505618	24	41269	76	925126	08	1472014	08
1911	599988	81	41215	08	880940	58	1522144	47
1912	695016	52	48190	96	1932800	42	2676007	90

Gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres hat das Verbandsvermögen um M. 1 153 863,43 zugenommen, gegenüber dem vierten Quartal 1911 jedoch um M. 444 680,40 abgenommen. Hierbei kommt hauptsächlich die Arbeitslosenunterstützung in Betracht, welche

Mitgliederfluktuation in den einzelnen Bundesstaaten bzw. Landesteilen im ersten Quartal 1912.

Bundesstaaten bzw. Landesteile	Mitgliederzugang						Mitgliederabgang							
	Eingetreten	Wieder eingetreten	Aus andern Zahlstellen angemeldet	Restanten, die nachzahlen	Aus andern Organisat. übergetreten	Zusammen	Ausgeschlossen	Ausgetreten	Gestrichen	Gestorben	Abgemeldet	Restanten	Zu andern Organisat. übergetreten	Zusammen
Ostpreußen	95	35	28	2	2	162	-	4	6	3	19	19	-	51
Westpreußen	66	29	32	-	-	127	-	4	12	4	21	14	-	55
Brandenburg	154	190	195	21	2	562	-	44	75	9	175	99	6	408
Pommern	101	35	81	4	2	223	-	15	23	5	76	8	-	127
Posen	17	11	34	24	5	91	-	2	33	1	34	21	-	91
Schlesien	171	66	196	32	4	469	-	39	114	9	144	136	-	442
Provinz Sachsen	179	51	251	9	9	499	-	49	25	8	227	25	1	335
Schleswig-Holstein	65	39	276	12	10	402	1	29	17	4	169	20	6	246
Hannover	98	59	239	48	3	447	-	28	17	2	301	16	2	366
Westfalen	78	69	273	-	11	431	-	10	37	3	385	18	2	455
Hessen-Nassau	55	64	113	1	3	236	-	11	53	4	79	53	1	201
Rheinland	127	102	387	-	20	636	-	11	34	5	644	46	1	741
Königreich Preußen	1206	750	2105	153	71	4285	1	246	446	57	2274	475	19	3518
Bayern	256	114	360	79	23	832	1	48	79	15	334	42	6	525
Rheinpfalz	7	20	13	3	-	43	-	1	7	-	51	1	-	60
Königreich Sachsen	303	108	436	5	49	901	-	117	119	18	339	40	20	653
Württemberg	78	99	117	21	3	318	-	8	59	6	149	8	-	230
Baden	38	36	44	21	-	139	-	5	40	1	100	5	-	151
Hessen	11	13	36	6	-	66	-	9	12	1	53	8	-	83
Mecklenburg-Schwerin	64	11	105	1	1	182	1	25	4	4	83	1	-	118
Sachsen-Weimar	36	6	59	8	2	111	-	2	9	-	41	18	-	70
Mecklenburg-Strelitz	6	3	14	-	-	23	-	1	-	-	10	-	-	11
Oldenburg	9	10	26	-	-	45	-	9	5	1	26	4	1	46
Braunschweig	60	16	69	-	3	148	-	6	4	1	59	1	1	72
Sachsen-Meiningen	18	5	22	2	-	47	-	10	10	2	17	19	-	58
Sachsen-Altenburg	17	5	13	3	-	38	-	5	1	-	23	4	2	35
Sachsen-Coburg-Gotha	44	10	41	-	1	96	-	10	5	3	12	4	-	34
Anhalt	15	7	35	-	-	57	-	4	4	1	15	3	-	27
Schwarzburg-Rudolstadt	16	2	33	-	1	52	-	-	3	-	4	4	-	11
Schwarzburg-Sondershausen	5	2	7	-	-	14	-	-	2	1	27	3	-	33
Waldeck	6	1	6	-	-	13	-	-	-	-	19	-	-	19
Neuß ä. L.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8	4	-	12
Neuß j. L.	5	2	7	-	1	15	-	4	-	-	4	-	1	11
Schaumburg-Lippe	3	-	2	-	-	5	-	1	-	-	-	-	-	1
Lippe-Deimold	2	-	4	-	-	6	-	-	1	-	5	1	-	7
Lübeck	1	1	11	-	-	13	-	1	-	-	3	-	-	4
Bremen	12	9	32	-	3	56	-	8	2	2	24	14	6	56
Hamburg	18	31	193	-	12	254	-	20	20	4	223	19	-	286
Elßaß-Lothringen	41	31	59	-	4	135	-	8	19	2	67	16	-	112
Einzelzahler der Hauptkasse	3	3	20	-	-	26	-	-	2	-	29	-	-	31

Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im ersten Quartal 1912.

1. Orte mit über 100000 Einwohnern	625	612	1780	90	106	3213	-	153	345	50	1672	259	33	2512
2. " von 20000 bis 100000 Einw.	471	302	833	64	31	1701	-	128	187	23	1317	179	7	1841
3. " 5000 " 20000 "	669	249	550	98	23	1589	2	152	233	31	512	168	7	1105
4. " " 2000 " 5000 "	402	100	459	30	12	1003	1	76	48	16	347	47	2	537
5. " unter 2000 Einwohner	110	29	227	20	2	388	-	39	38	1	122	41	7	248

Mitgliederfluktuation im ersten Quartal 1912 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.

1912	2280	1295	3869	302	174	7920	3	548	853	121	3999	694	56	6274
1911	2405	1087	3803	272	166	7733	22	561	987	113	4527	283	-	6493
1910	2452	1345	3227	472	109	7605	8	807	1091	80	3557	494	-	6037
1909	1222	589	2009	687	35	4542	7	630	684	93	2739	439	25	4617
1908	1524	704	3051	1620	657	7556	17	949	1300	109	4807	957	37	7976

infolge des starken Winters eine ziemliche Höhe erreichte. Der Mitgliederbestand ist gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres um 5176 gestiegen. Versuchen müssen wir aber, durch eine umfassende Agitation auch den letzten noch fernstehenden Zimmerer der Organisation zuzuführen.

Unberechtigter Dünkel.

Th. Berlin, 1. Juli.

Einige deutsche bürgerliche Blätter machen sich lustig über die Vorgänge auf den Konventen der Republikaner und der Demokraten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Kongresse dieser beiden großen bürgerlichen Parteien haben in den letzten Wochen getagt, um ihre Kandidaten für die nächste Präsidentenwahl aufzustellen. Nun haben zwar einzelne Szenen in den Kongressberatungen wahrlich keinen erhebenden Eindruck gemacht; allein wenn die Monarchisten aus diesem Grunde eine Pharisäermission aufsteden und hochmütig deklamieren wollen, wir dürften uns beglückwünschen, daß wir Deutschen in einem monarchischen Staate leben, wo solche Vorgänge uns erspart bleiben, und wenn sie die aufgeregten Vorgänge zum Anlaß nehmen, die Vorzüge der Monarchie gegenüber der Republik zu preisen, so heißt das doch, das Pferd beim Schwanz aufzäumen und die monarchische Staatsform aus einem Grunde verherrlichen, der gerade gegen sie spricht. Wenn ein Monarchist sich dünkelhaft erhaben fühlt, weil in seinem Staate solche lärmhaften Vorformnisse, wie in Chicago bei den Republikanern und in Baltimore bei den Demokraten, unmöglich seien, so ist das genau so lächerlich, als wenn ein Gelähmter, der überhaupt nicht laufen kann, stolz darauf sein wollte, daß er ein für allemal davor geschützt sei, beim Bergsteigen sich den Fuß zu verstauchen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die bürgerlichen Parteien in zwei große Lager gespalten: in die Republikaner und in die Demokraten. Diese beiden Namen sagen nicht, worin sich beide Parteien unterscheiden. Denn auch die Demokraten sind in Nordamerika selbstverständlich Republikaner und die Republikaner sind demokratisch. Aber die Bezeichnungen haben sich nun einmal eingebürgert und werden deshalb beibehalten. Als dritte Partei, die einen eigenen Kandidaten für die Präsidentenwahlen aufstellt, ist neuerdings die Sozialdemokratie hinzugekommen, die zwar vorerst noch nicht daran denken kann, aus ihren Reihen den Präsidenten des gesamten Staatswesens gewählt zu sehen, deren Stimmenszahl jedoch von Wahl zu Wahl — in den Vereinigten Staaten findet die Präsidentenwahl alle vier Jahre statt — sich gewaltig erhöht hat.

Republikaner wie Demokraten sind in den Vereinigten Staaten vom kapitalistischen Geiste erfüllt. Sie sind zwar viel zu klug und politisch selbstbewußt, als daß sie ihre Staatsform mit der monarchischen vertauschen möchten; doch ihre Gesetzgebung ist ebenso im kapitalistischen Sinne gehalten, wie in den Republikanern und Monarchisten der andern Erdteile. Auch ihre Justiz ist ausgesprochene Klassenjustiz, nur daß die Polizei nicht eine so auf die Nerven fallende gewichtige Rolle im öffentlichen Leben spielt als in der frommen Kinderstube Deutschland. Wie vorzüglich auch die amerikanischen Richter sich auf ihr Geschick, Beschützer des Kapitalismus und deshalb geschworene Feinde der selbständigen Arbeiterbewegung zu sein, verstehen, haben eben erst die Gewerkschaftsführer Gompers, Morrison und Mitchell zu Lasten bekommen, die je zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden sind, weil sie den Boykott gegen eine große Fabrik durchgeführt haben. Gegen Sicherstellung von 20 000 Dollar (M 80 000) für jeden sind sie allerdings auf freiem Fuße belassen worden, da sie Berufung gegen das Urteil eingelegt haben. In sozialer Beziehung unterscheiden sich Republikaner und Demokraten wenig voneinander. Der Hauptunterschied zwischen beiden liegt auf handelspolitischem Gebiet. Die Republikaner sind vorwiegend Schutzzöllner, die Demokraten Freihändler. Da seit anderthalb Jahrzehnten die Republikaner am Ruder sind und aus ihren Reihen die Präsidenten Roosevelt und Taft stammen, ist unter ihnen der Hochschutzzoll kultiviert worden.

Aber die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Republikanern und Demokraten bilden in letzter Linie nicht den Grund, aus dem sie sich so mühten bekämpfen. Sondern die Partei, welche gerade das Heft in Händen hat, besetzt für die Zeit ihrer Herrschaft alle Staatsämter. Es handelt sich da um Abertausende fetter Stellen. Wer im Rohre sitzt, schneidet sich Pfeifen, und keine der beiden Parteien ist bisher der andern in der Ausnutzung der Herrschaftsvorrechte etwas schuldig geblieben. Darauf verstehen sich beide vorzüglich. Wenn deshalb die Republikaner ihre Ueberzeugung als die wahrhaft patriotische, das heißt dem Wohle ihres Vaterlandes dienende, hinstellen, so hat das denselben metallischen Beigeschmack, als wenn ein monarchischer Agrarier oder Großindustrieller sich seiner Treue zu Kaiser und Reich

rühmt. Hier wie dort ist lediglich die Treue zum eigenen Geldsack oder der Wunsch, dem Geldsack eine noch vollere Rundung zu geben, der treibende Beweggrund.

In der Dienstbarmachung des Staatswesens für ihre persönlichen Interessen gleichen somit die kapitalistischen Republikaner den kapitalistischen Monarchisten wie ein Fliegenpilz dem andern. Trotzdem hat die republikanische Staatsform vor unserer monarchischen den unlegbaren Vorteil, daß das Volk wenigstens in der Lage ist, der Politik des Landes die entscheidende Richtung anzugeben. Läßt sich die Masse des Volkes dieses Recht von kleineren kapitalistischen Gruppen aus den Händen reißen, so ist es selbst schuld daran, und alle vier Jahre hat es die Möglichkeit, begangene Fehler zu korrigieren. Im monarchischen Deutschland, vor allem in Preußen, ist das ausgeschlossen. Hier wird die Richtung der Politik entscheidend vom Fürsten beeinflusst, und den muß das Volk nehmen, wie er ist, und zwar auf Lebenszeit. Die Regierungen sind in den monarchischen Staaten an den Willen der Fürsten gebunden. Nicht das Volk, sondern der Fürst setzt in Deutschland die Minister und alle Beamten ein; nicht dem Volke, sondern dem Fürsten sind sie verantwortlich; nicht wenn das Volk es wünscht, sondern wenn der Fürst es will, müssen die Minister ihrer Wege gehen. Im Deutschen Reich ist nach der Verfassung der Reichskanzler verantwortlich, während der Kaiser keinerlei Verantwortung trägt für das, was er tut oder redet. Trotzdem erennt er ohne jede Mitwirkung der Volksvertretung den Kanzler und die Staatssekretäre. Und wie sehr sich die Kanzler als Diener des Kaisers fühlen, das haben wir im letzten Jahrzehnt bis zum Uebelwerden kennen gelernt, am peinlichsten beim gegenwärtigen Kanzler Bethmann, der überhaupt kein anderes Ziel hat, als das Sprachrohr seines „kaiserlichen Herrn“ zu sein.

Bei den letzten Reichstagswahlen sind fast acht Millionen Stimmen für Parteien abgegeben worden, die mit der Politik der Reichsregierung nicht einverstanden sind. Mehr als die Hälfte der acht Millionen Stimmen entfielen auf Sozialdemokraten, die in der schärfsten Opposition zur Regierung stehen. Wäre Deutschland bereits eine Republik, wie es einst sein wird, so hätte die Reichstagswahl die unverzügliche Folge gehabt, daß in der Reichspolitik ein gründlicher Wechsel eingetreten wäre. Die indirekten Steuern und lästigen Verbrauchsabgaben wären im schnellsten Tempo abgebaut und durch direkte Steuern, die vorwiegend den Reichen treffen, ersetzt worden. Eine neue Militärvermehrung wäre unmöglich gewesen. Auch nach andern Richtungen wäre der Reaktion, soweit das unter der Herrschaft des Kapitalismus möglich ist, der Hals gebrochen worden. Statt dessen verkündete Herr v. Bethmann als Beauftragter seines Kaisers, die Regierung werde sich durch den Ausfall der Wahl nicht beeinflussen lassen, sondern an ihren „bewährten“ Grundsätzen festhalten. „Bewährt“ hat sich die glorreiche Reichspolitik insofern, als sie dem, der hat, mit Scheffeln gibt, und denen, die nichts haben, noch das Letzte nimmt.

In einer Republik wäre dieser eines selbstbewußten Volkes unwürdige Zustand undenkbar. Der widerliche Konkurrenzkampf zwischen den beiden republikanischen Hauptkandidaten Roosevelt und Taft war sicherlich ebenso wenig erquicklich wie die Raßbalgereien unter den vier demokratischen Kandidaten für den Präsidentensessels Bryan, Wilson, Clark und Zahmor. Aber das Volk steht sich dabei immer noch entschieden besser als in monarchischen Staaten, in denen es unbesehen den als Fürsten anerkennen und walten lassen muß, den der Zufall der Geburt dazu bestimmt hat, mag er moralisch geartet sein, wie er will, und mag er noch so vermoderten Ideen hulbigen. Daß der wüste Konkurrenzkampf übrigens nicht untrennbar mit der republikanischen Staatsform verbunden ist, zeigen übrigens die Sozialisten der Vereinigten Staaten, die ohne jeden Hader ihren Kandidaten nominieren.

Die zum Denken erwachte Arbeiterklasse ist schon aus dem Grunde republikanisch gesinnt, weil die Sozialisierung der Gesellschaft nur in einem republikanischen Staatswesen durchführbar ist. Sie legt jedoch zurzeit auf die Staatsform nicht das entscheidende Gewicht, weil ihr Hauptfeind, der Kapitalismus, drüben wie hüber die Staatsmaschine beherrscht. Aber wenn gewisse Blätter aus den Präsidentenwirren in Nordamerika Kapital für die monarchische Staatsform schlagen wollen, so muß ihnen erwidert werden, daß wir herzlich gern diese aufdringlichen Raßbalgereien mit in Kauf nehmen würden, wenn wir die Gefahren und Nachteile der monarchischen Staatsform dadurch los werden könnten.

Es gibt in der moralischen Welt nichts, was nicht gelänge, wenn man den rechten Willen dazu mitbringt. Der Mensch vermag eigentlich alles über sich.

W. v. Humboldt.



Verbandsnachrichten.

Rechnungsabschluss des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 1. Quartal 1912. In den Zahlstellen

betragen

a) auf Rechnung der Zentralkasse	
die Einnahmen:	
An Guthaben der Zentralkasse vom Jahre 1911	M. 198224,25
Eintrittsgebühren	3087,50
Zentralwochen- inkl. Extrabeiträgen	227238,45
Extramarkenerträgen von 1910	3037,45
Bücherfütteralen	127,60
Duplikaten	26,—
Kolportagemarken (Druckkosten)	68,—
„Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“	18,20
diversen Drucksachen	26,50
36 Exempl. „Zimmerer“, gebd., Jahrg. 1911	99,—
Insertionsgebühren pro „Zimmerer“	351,—
Reiszahlungen pro Diverse	662,18
Vorschüssen zur Arbeitslosenunterstützung	414775,—
Zentralstreifondsbeiträgen (Reife)	132,60
Guthaben diverser Zahlstellen (im 1. Quartal zuviel gefandt)	38891,62
Summa	M. 886765,35

die Ausgaben:	
Per Ueberweisungen an die Zentralkasse bar	M. 203096,73
Agitationsunkosten	1964,20
Arbeitslosenunterstützungen	596841,25
Reiseunterstützungen	22084,10
Gemäßregelungenunterstützungen	2693,60
Rechtsschutzunkosten	2980,22
Streifunkosten	5055,58
Entschädigung für verbranntes Handwerkszeug	489,10
diverse Aufwendungen	39,—
Rückvergütungen auf ältere Konten	2440,57
Summa	M. 634587,62
An Guthaben der Lokalkassen vom Jahre 1911	890,04
„ „ „ Zentralkasse verblieben	48190,96
Summa	M. 886765,35

b) auf Rechnung der Lokalkassen	
die Einnahmen:	
An Vermögensbeständen vom Jahre 1911	M. 704912,16
Lokalfondsbeiträgen	62198,35
sonstigen Lokaleinnahmen	116401,89
Summa	M. 883507,40

die Ausgaben:	
Per Streifondsbeiträge an die Zentralkasse	M. 132,60
örtliche Ausgaben inkl. Streifzuschüsse	149466,66
An Guthaben der Lokalkassen (zuviel der Zentralkasse überwiesen)	38891,62
Vermögensbeständen in den Zahlstellen	695016,52
Summa	M. 883507,40

In der Zentralkasse	
betragen die Einnahmen:	
An Vermögensbestand vom 31. Dezember 1911	M. 2217551,89
Eingängen aus den Zahlstellen, bar	203096,73
in Ausgabebelegen	
zwecks Gutschrift	M. 632147,05
Rückvergütungen auf ältere Konten	2440,57
Summa	M. 634587,62
Zinsen	46241,64
Gebühren für Inserate von Privaten	259,40
Rechtsschutzunkosten zurück	37,10
„Zimmerer“-Bezug der Zentralkrankenkasse	575,38
Postabonnements pro „Zimmerer“	169,71
Geschichte der deutschen Zimmererbewegung von Privaten	3,—
diversen Drucksachen von Privaten	6,50
sonstigen Eingängen	87,65
Summa	M. 3102616,62

Ausgaben:	
Per Agitationsunkosten*	M. 37122,28
Arbeitslosenunterstützungen*	597013,75
Reiseunterstützungen*	22084,10
Gemäßregelungenunterstützungen*	3278,64
Konferenzen und Sitzungen	1950,35
„Praktische Winke“ (Herstellungskosten)	2327,36
Rechtsschutzunkosten*	3682,38
Statistikunkosten	1441,40
Streifunkosten*	21393,79
Verbandsorgan „Der Zimmerer“	39440,39
Entschädigung für verbranntes Handwerkszeug*	514,10
Verwaltungsunkosten der Zentrale	15987,16
(allgemeine)	6179,40
Vorschüsse zur Arbeitslosenunterstützung	414775,—
diverse Aufwendungen*	2626,10
An Bankguthaben am 31. Dezember 1911	M. 1918604,51
Guthaben in den Agitationskassen	2487,89
Kassenbestand inkl. Posttscheckguthaben	11708,02
Summa	M. 3102616,62

Die mit einem Stern (*) versehenen Ausgabenpositionen enthalten auch die in den Zahlstellen (siehe den zweiten Teil der Rechnungsaufstellung) für den gleichen Zweck auf Rech-

nung der Zentralkasse veranschlagten Beträge. Die Gesamtsumme hierfür ist per Zentralkasse auch unter „Einnahme“ gestellt.

Eingetreten sind im Laufe des ersten Quartals 23, aufgelöst beziehungsweise zu andern übergetreten sind 8 Zahlstellen, so daß am Schlusse des Rechnungsabschnittes 773 Zahlstellen mit 60 966 Mitgliedern gezählt wurden.

Ad. Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Gde, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus. Aug. Staal, Hamburg 25, Bürgerweide 22/8, 3. Et. Revisoren. Fritz Huber, Harburg, Marienstraße 75

Quittung der Zentralkasse.

In der Zeit vom 1. bis 30. Juni gingen folgende Beträge für die Zentralkasse beim Unterzeichnen ein: Aus Ahrensböck M. 120, Augsburg 800, Aurich 60, Bargtheide 156,80, Baugen 600, Bergedorf 350, Bergen a. Rügen 130, Berlin 800, Bielefeld 1000, Bitterfeld 230, Blankenburg i. Thür. 80, Bramstedt 60, Brandenburg 400, Brandis 125, Braunschweig 300, Bremen 5300, Bremerörde 130, Breslau 400, Brunsbüttel 96,30, Burg a. Fehm. 150, Calbe 294,85, Cassel 800, Chemnitz 4500,60, Colmar 60, Cöln 1800, Cöpenick 160, Cottbus 60,70, Crefeld 500, Croffen 170, Cüstrin 250, Cuxhaven 180, Dahlen 330, Demmin 169,90, Dessau 314,95, Diebenhosen 61,50, Dinfelsbühl 127,30, Dortmund 1000, Dresden 900, Düsseldorf 500, Eisenach 1050, Eisenberg 120, Gisleben 146,85, Elbing 500, Elmshorn 350, Erfurt 400, Ebingen 5,50, Falkenstein 200, Flensburg 600, Flottbek 600, Frankenbg i. S. 290, Frankfurt a. M. 600, Friebrichsdorf 100, Gardelegen 170, Geesthacht 100, Gera 1050, Glauchau 457,90, Glückstadt 160, Goldberg i. M. 20, Gommern 100, Greifenberg i. Pomm. 18,70, Grimma i. S. 150, Großsch-Bogau 350, Großröhrsdorf 250, Groß-Zimmern 400, Güstrow 200, Gadersleben 484,35, Hagen i. Pomm. 50, Halle 1600, Hamburg 18 900, Hameln 300, Hannover 2500, Hann.-Münden 100, Hasloh 50, Hayna 300, Helgoland 400,80, Hersfeld 15,75, Hirschberg 1000, Hof 350, Hohenkirchen — 05, Jena 1800, Jkehoe 200, Jüterbog 2,30, Karlsruhe 250, Rattowitz 650, Kellinghusen 200, Kolmar in Posen 200, Königsberg i. Pr. 1200, Königshütte 148, Königberg i. d. Nm. 15,60, Landsberg a. d. W. 200, Landschut i. Bayern 250, Langensalza 201,80, Lauban 171,64, Lauenburg a. d. E. 70, Leipzig 400, Liegnitz 500, Loitz i. Pomm. 100, Löwenberg 147,30, Lübeck 1100, Lüchow 100, Luda 193,90, Luckenwalde 240, Ludwigshafen 550, Lüneburg 200, Lützen 550, Magdeburg 1250, Mainz 500, Martneutkirchen 200, Marne 140, Merseburg 293,60, Meß 700, Mittweida 250, Mühlberg a. d. E. 147,65, Mühlhausen i. Elf. 678,65, Mühlheim a. Rh. 500, Mühlheim a. d. R. 360, München 3500, Nauen 157,30, Naugard 99,55, Naumburg 1187,20, Neubufow 300, Neutalen 115, Neuminster 400, Nordgermersleben 131,60, Nordhausen 300, Nürnberg 400, Oberhausen 200, Oelsnitz 500, Oldenburg 400, Oppeln 250, Pinneberg 510,00, Plauen i. S. 1442, Pöhlitz 100, Pößneck 100, Potsdam 200, Raftenburg 430,05, Reichenbach i. Vogtl. 500, Reinbek 100, Riesa 700, Rostock 600, Rothemühl 26,40, Seidenberg 380,15, Sonderburg 100, Sorau 200,50, Spandau 900, Sülze 174,15, Swinemünde 254,30, Schwielbein 120, Schleswig 200, Schmölln 100, Schnebeck 200, Schwartau 140, Schwarzenbet 100, Schweidnitz 400, Schwelm 19,60, Schwenningen 41,80, Stade 50, Stargard i. Pomm. —,80, Steinach 87,25, Stettin 1000, Stockelsdorf 140, Straßburg 364,60, Straßburg i. Elf. 1300, Strehla a. d. E. 250, Stuttgart 3535, Thorn 300, Tönning 50, Treptow a. d. R. 101,10, Tübingen 200, Ueterfen 150, Wanne 150, Wedel 211,10, Weida 60, Weisenfels 200, Werdau 200, Wesselfuren 80, Westerhausen 170,24, Westerland 500, Wilhelmshaven 950, Wismen a. d. E. 350, Wismar 342,05, Wohlau 8,50, Zäckert 65, Zeitz 500, Zittau 900, Zossen 200, Zwickau 500, Ziesenzig 5,50, Einzelzahler 448,70, Private für Inserate 39, Diverses 35, Postabonnements pro „Stürmer“ 165,53, Rechtschutz zurück von Rügen-Hamm 126,90.

An diversen der Zentralkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Berlin M. 43,50, Bernau 26,55, Braunschweig 5, Bremen 150, Cassel 435,80, Darmstadt 4, Elmshorn 36,95, Frankfurt a. M. 197,25, Hannover 383,85, Heidenheim 60,46, Königsberg i. Pr. 525, Kulmbach 7,50, Lauban 108, Lemgo 17,16, Lüchow 9,80, Rafel 15,10, Nürnberg 72, Reichensachsen 4,90, Saalfeld 135, Sonneberg 7,10, Schwelbein 70, Wiesbaden 55,68.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützungen gingen ein: Aus Uxbach M. 52,50, Augsburg 63,25, Bamberg 5,25, Barmen-Elberfeld 17,50, Bayreuth 15,75, Bergedorf 3,50, Berlin 2669,75, Birkenwerder 18,50, Brandenburg 29, Bremen 1,75, Breslau 118,25, Cassel 54,25, Grimmitzschau 15, Cuxhaven 3, Cöpenick 70,25, Danzig 207, Detmold 31,50, Düsseldorf 25,50, Ebernforde 30, Embden 1,75, Erfurt 10, Förste a. H. 161,50, Frankfurt a. M. 65,25, Freienwalde 18,75, Freising 12, Friedrichshagen 19,25, Fürstenwalde 8,75, Geesthacht 22,75, Götlich 15,75, Göttingen 14, Gadersleben 181, Halle 17,25, Hamburg 313, Hannover 8,25, Hettstedt 90, Rattowitz 22,50, Kiel 123,75, Lahr i. S. 18, Landsberg a. d. W. 10,50, Landschut i. S. 9, Lauban 205,75, Lößau 9, Lübeck 161,75, Lützenburg 12, Lychen 1,75, Magdeburg 21,25, Mühlheim a. Rh. 8,75, Nowawes 45,50, Nürnberg 84, Dels 49, Osterwieck 15, Potsdam 75,50, Pyritz 36, Reinbek 10,50, Sand 29,75, Sorau 12,50, Spandau 40, Speyer 12,25, Swinemünde 1703,25, Schlawa 36, Schwenningen 81, Stadthagen 45, Stettin 67,75, Stockelsdorf 19,25, Telfin 10,50, Trebbin 8,75, Wehlar 67, Wiesbaden 53,25, Wilhelmshaven 8,75, Wöngrowitz 6, Würzburg 85,75, Zehdenick 40,50, Zwickau 42,75.

Arbeitslosenunterstützungen

murden im Mai nach den eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

Table with 3 columns: Amount, Unit, Total. 165 Tage à 75 M. 123,75; 758 " à 100 " 753,—; 418 " à 125 " 522,50; 649 " à 150 " 973,50; 3080 " à 175 " 5302,50

Summa 5020 Tage M. 7680,25

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreikt wird in Buraun-Reuscha i. Schlesien, Almenau, Kirchheim u. Leck, Lemgo, Neustadt bei Sonneberg, Oberberg, Parchim (Säger), Betel (Zahlstelle Wilhelmshaven).

Gesperret ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig, Bremen, Nordenham, Oldenburg und Vegesack, in Bahu das Geschäft von Rusch, in Bebra das Geschäft von Hartwich, in Buer i. Westf. die Firma Senger, in Dinfelsbühl i. Bayern das Geschäft von Schlatterbeck, in Dortmund das Geschäft von Mollmann, in Duisburg-Weiderich die Firma Pollmann, in Forst i. d. L. das Geschäft von Grape, in Friedberg i. Hessen das Geschäft von Heinr. Neuf (Beton-Abteilung), in Glienide das Geschäft von A. Neumann, in Greifenhagen die Geschäfte von August und Adolf Neumann, in Heiligenbeil i. Ostpreußen das Geschäft von Wernig, in Hermsdorf i. d. Mark das Geschäft von R. Schulze, Langenberg Neuf j. L., in Limbach b. Chemnitz das Geschäft von Jakob, in Magdeburg das Grusonwerk, in Mauer a. Vober der Neubau der Talsperre, in Neurode i. Schlesien die Geschäfte von Adam und Taus, in Perleberg das Geschäft von Höger & Lorenz, in Pödejud die Geschäfte von Westmann, Mogow und Martin, in Saarbrücken die Brückenbauten der Firma J. Sohnius in Südingen, in Stadthagen die Firma Stieff, in Treptow a. d. Rega die Geschäfte von Ohm und Schumacher, in Tangermünde die Geschäfte von W. Pesselt und Brünsecke & Co.

Schweiz.

Zug ist streng fernzuhalten von Bern, Dersikon und St. Gallen.

Oesterreich.

Zug ist streng fernzuhalten von Brud a. d. Mur, Hartberg, Raaden, Klosterneuburg, Meran, Mürzzuschlag, Trautenau, Weipert und Zittau.

Ungarn.

Zug ist streng fernzuhalten von Brassó, Kisköszeg und Preßburg.

Durch Maßregelungen in Heidenheim machen die Unternehmer ihrem Unwillen gegen unsere Organisation Luft. Ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beschäftigung werden organisierte Kameraden nur wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen. Die Schlichtungskommission hat sich mit diesem vertragswidrigen Verhalten der Unternehmer bereits beschäftigen müssen; sie hat ausgesprochen, daß es dem Verträge zuwiderläuft, wenn Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation erfolgen und außerdem die Wiedereinstellung der Gemäßregelten angeordnet. Daran setzen sich aber die Unternehmer wenig, sie maßregeln weiter darauf los und stellen als Ersatz Leute vom Lande ein. Hierbei tut sich vor allem der Unternehmer Madlinger hervor. Natürlich sind unsere Kameraden nicht gewillt, solchem Treiben stillschweigend zuzusehen, sie werden vielmehr geeignete Maßnahmen ergreifen. Sie ersuchen daher die Kameraden aus der Umgegend, von diesen Ereignissen Kenntnis zu nehmen und ihr Verhalten entsprechend einzurichten.

Vereinbarungen in St. Ludwig (Zahlstelle Mühlhausen i. Elf.). Für das Zimmergewerbe in St. Ludwig ist eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgt. Die Arbeitszeit wird von zehn auf neun-einhalb Stunden reduziert, im November und Februar beträgt sie achteinhalb Stunden und im Dezember und Januar acht Stunden. Die derzeitigen Löhne erhöhen sich sofort um 4 %, ab 1. Juni 1913 ebenfalls um 4 % und zum 1. Juni 1914 um weitere 2 % pro Stunde. Der Mindestlohn beträgt für dieses Jahr 54 % pro Stunde und erhöht sich in derselben Folge.

Die Vertragsdauer beträgt vier Jahre. Betrachtet man die bisherigen Löhne, welche zwischen 48 und 55 % pro Stunde schwanken, hat die junge Organisation der Zimmerer in St. Ludwig einen annehmbaren Erfolg zu verzeichnen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Die Namen und Adressen der in die Zahlstellenvorstände gewählten Kameraden sind dem Zentralvorstande mitzuteilen, in den Versammlungsberichten werden sie nicht veröffentlicht, sondern aus bestimmten Gründen getrichen.

Berlin. Am 20. Juni hielt die Zahlstelle eine allgemeine Mitgliederversammlung in der „Mhambra“, Wallner-Theater-Strasse, ab, mit dem Thema: „Staatshilfe und Selbsthilfe“. Referent war Genosse Dr. Breitshheid. Einleitend verwies derselbe auf den vor einigen Wochen in Essen abgehaltenen Kongreß der Sozialreformer. Viele Gelehrte haben an demselben teilgenommen und lang und breit über die Frage beraten, in welche Bahnen unsere Sozialpolitik geleitet werden müßte. Die Arbeiterschaft brachte dieser Art Kathedersozialismus von jeher kein allzu großes Vertrauen entgegen, und sie ist mit Recht gegen diese Kreise Sturm gelaufen. Aber das eine Verdienst haben die Kathedersozialisten: sie haben dem Staat seine Pflichten zugewiesen. Der Redner schilderte sodann die Entstehung der Sozialpolitik unter der Aera Bismarcks. Von zwei Erwägungen ließ man sich leiten. Einmal sollte christliche Nächstenliebe den Staat veranlassen, die im Glend darbedende Arbeiterschaft emporzuheben, und im andern gab

man sich der schönen Hoffnung hin, die Arbeiterschaft von einer bestimmten politischen Partei abzuhalten. Die Theorie von Baderbrot und Peitsche wurde aufgestellt. Als aber unsere Herrschenden sahen, daß sie sich getäuscht hatten und die Arbeiter sich in immer größeren Scharen den gewerkschaftlichen Verbänden zum Zwecke der Erzkämpfung besserer Lebensbedingungen zuwandten, als die sozialdemokratische Partei ihren Anhängerkreis gemaltig vermehrte, glaubte die weiße Staatsregierung, mit der Sozialpolitik Schluß machen zu müssen; denn was nütze sie, wenn gerade die Kreise, welche man gern haben möchte, sich immer mehr abwenden. Wir aber müssen betonen, daß Sozialpolitik kein Gnadengeschenk, sondern ein unüberäußerliches Recht der Arbeiter ist. Man ist ja glücklicherweise nicht in der Lage, den Wagen der Sozialpolitik auf einmal zum Stehen zu bringen; aber unsere Staatshilfe nimmt immer mehr den Charakter von Wohlfahrts-einrichtungen an wie die der privaten Arbeitgeber, und dadurch wird Sozialpolitik zur Wohlfahrtsplage. Unsere Sozial-reformer verweisen nun die Arbeiter auf den Weg der Selbsthilfe, aber auch hier stellen sich gerade diese Kreise hindernd in den Weg. Im weiteren ging der Referent auf die Entstehung des Koalitionsrechts ein. Alle Kreise waren sich darin einig, daß dem Arbeiter Freiheiten gesichert werden müßten, die es ihm ermöglichen, seine wirtschaftliche Position zu erweitern und zu befestigen, und in den fünfziger Jahren trat sogar der preussische Handelsminister für das Koalitionsrecht der Arbeiter ein. Und heute? Heute sind die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung so mit Stachelndraht umgeben, daß das Koalitions-gesetz zu einem Ausnahme-gesetz geworden ist. Den Versuch, durch das Koalitionsrecht die Lebenslage zu verbessern, hat unsere Justiz auf eine Stufe mit dem gemeinsten Verbrechen gestellt. Der Streik im Ruhrgebiet redet eine empörende Sprache. In einem Vierteljahr sind dort in 13 Orten 510 Männer und 66 Frauen zu 85 Jahren Freiheitsstrafe und 11 669 Geldstrafe verurteilt worden. Das ist die Leistung der preussischen Justiz. Diese Richter glauben, sie seien berufen, den Staat zu schützen, wo sie doch berufen sind, die Gesetze zu schützen. Da ist es verständlich, wenn gesagt wird, daß unsere bestehenden Gesetze genügen und man keine Ausnahme-gesetze gebraucht. Und als dritter im Bunde kommt die Polizei. Trotzdem verlangt man noch mehr Schutz der Arbeitswilligen. Es unterliegt keinem Zweifel, wir gehen einer Zeit entgegen, wo wir den Versuch, das Streikpostenstehen einzuschränken, auf das energischste werden zurückweisen müssen. Da werden wir den Weg der Selbsthilfe beschreiten müssen und vielleicht die stärkste Waffe im Kampfe gebrauchen, sei es auch der Generalfstreik. Aber mit dieser Waffe spielt man nicht und benutzt sie nicht, wenn sie nicht am Platze ist. Der sicherste Wall für die Selbsthilfe ist der notwendige Zusammenschluß der Arbeiter in den Organisationen, und um vorwärts zu kommen, brauchen wir Persönlichkeitsrechte, um Persönlichkeiten zu entwickeln. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Auf Antrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß vom Philharmonischen Orchester Volkskonzerte in allen Stadtteilen veranstaltet werden. Die Stadt hat zur Unterstützung M 60 000 zur Verfügung gestellt; er forderte die Kameraden auf, diese Konzerte zu besuchen. Karten à 30 % sind im Bureau der Gewerkschaftskommission erhältlich. Des weiteren verwies er auf die in der Zeit vom 16. bis 30. Juni stattfindende Genossenschaftsausstellung in der Zimmerstraße 90/91. Der Eintritt kostet 10 %. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen gab sodann der Vorsitzende einen Ueberblick über die gegenwärtige Konjunktur. Der Arbeitsmangel in unserm Berufe hält noch immer an; es müssen wöchentlich noch zirka M 1000 an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden. Es sind schon viele Kameraden abgereift, um im Reich, wo Arbeit genügend vorhanden ist, sich ihre Existenz zu suchen. Redner forderte die jungen unverheirateten Kameraden auf, einen Akt der Solidarität zu begehen und auswärts in Arbeit zu treten, um den Familienvätern das Suchen nach Arbeit nicht zu erschweren. Kein Kamerad darf sich in der gegenwärtigen Zeit zu Ueberstunden hergeben; denn je mehr wir es uns gefallen lassen, um so mehr werden es die Arbeitgeber verlangen. Das schloffe Verhalten der Lokalfisten, welche aus Gütergog hier nach dem Berliner Lohngebiet kommen und für 70 % Stundenlohn arbeiten, muß auf das entschiedenste beurteilt werden, um so mehr, als die Leitung von diesen Dingen weiß. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden, nunmehr die vorzüglichen Ausführungen des Referenten zu beherzigen, welche geeignet sind, die Grundidee unserer Organisation zu vertiefen und zu festigen, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Cöln. Hier tagte am 16. Juni eine Generalversammlung, die eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Zuerst wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Paul Stengel in üblicher Weise geehrt. Eingehend erörterte wurde hierauf ein Rechtschutz-gesuch für zwei Mitglieder, das der Zentralvorstand abgelehnt hatte, weil es sich um Afford handelte. Die Redner waren der Meinung, daß das Gesuch hätte genehmigt werden müssen, weil nach dem bestehenden Tarifvertrage Affordarbeit zulässig sei. Die Debatte war eine recht aufgeregte. Beschlossen wurde, den in Frage kommenden Mitgliedern vorläufig einen Rechtschutz auf Kosten der Zentralkasse zu gewähren und gegen den Bescheid des Zentralvorstandes beim Verbandsaus-schuss Beschwerde einzulegen. Sollte dieser ebenfalls in ablehnendem Sinne entscheiden, dann werde man die Kosten von den zentralen Mitteln in Abzug bringen. Hierauf gelangte die Entschädigung der Vorstandsmitglieder zur Erledigung. Bis Schluß dieses Jahres erhalten die Kassierer 2 pzt., der Vorsitzende und Schriftführer je 1 1/2 pzt. Vom nächsten Jahre wird eine Kaufchale von M 550 ausgeworfen, wovon der Kassierer M 230, der Vorsitzende und Schriftführer je M 160 erhalten. Alle sonstigen Entschädigungen fallen fort, bis auf die für den Bezirkskassierer und die für den Kassierer; letztere beträgt M 6 pro Abrechnung, die für das dritte und vierte Quartal dieses Jahres noch gezahlt werden. Hierauf wurde die Wahl eines ersten Kassierers vollzogen und anschließend die eines Schriftführers. Dem Vorsitzenden der Bau-arbeiterschuttkommission, der in dieser Eigenschaft gemäßig-

regelt ist, wurde für die drei Tage seiner Arbeitslosigkeit die entsprechende Unterstützung bewilligt. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Essen. Hier hat am 7. Juni eine Ersatzwahl zum Gesellenauschuss stattgefunden, bei der die „Christen“ den Sieg davongetragen haben. Wie dieser Sieg erkochten ist, darüber wollen wir schweigen. Der „Erfolg“ hat die „Christen“ natürlich in hellen Jubel versetzt, was auch in einem Bericht in Nr. 25 der „christlichen“ „Baugewerkschaft“ zum Ausdruck kommt. Der Bericht ist natürlich mit dem gewohnten „christlichen“ Beiwert gespickt, er läßt an den freierorganisierten Zimmerern kein gutes Haar. Besonders der Vorsitzende unserer Zahlstelle bekommt sein Teil dabei ab, er wird als „neugeborener Beamter“ des roten Verbandes echt christlich heruntergeputzt, obwohl eigentlich auch die „Christen“ hier in Essen wissen könnten, daß unsere Zahlstelle es zu einem Beamten bisher noch nicht gebracht hat. Man dichtet dem Vorsitzenden sogar die Mitgliedschaft in der Zimmerer-Zwangsinnung an. Seltener Blödsinn! Also nicht nur „neugeborener Beamter“ des roten Verbandes, auch noch Mitglied der Zimmerer-Zwangsinnung. Größeren Quatsch gibts wohl kaum. — Aber den „Christen“ ist eben nichts zu dumm... Auf das öde Gemäsch hier eingegangen, würde nur Zeit- und Raumverschwendung bedeuten. Laufen lassen; das ist das Richtige. Gegen die Wahl selbst ist Einspruch erhoben und der Bürgermeister ersucht worden, sie für ungültig zu erklären, weil sie nicht ordnungsmäßig vor sich gegangen ist. Geleitet wurde die Wahl von dem Zimmermeister Hannh. Gegen diesen liegen gegenwärtig verschiedene Beschwerden vor wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung bei ihm beschäftigter bzw. beschäftigt gewesener Zimmerer zur Ortskrankenkasse. In einem Falle ist die Sache bereits der Behörde übergeben worden. Zimmermeister Hannh geht in seiner Eigenschaft als Obermeister recht rigoros vor. Schon längst wollte die Innung eine Innungsberatungsstelle ins Leben rufen mit einem eigens hierfür angestellten Beamten. Dazu reichten aber die Mittel bisher nicht aus. Doch die Innung hat sich zu helfen gewußt, indem sie einfach dem Redanten der Bauinnungs-Krankenkasse auch die Geschäfte der Zimmerer-Zwangsinnung übertragen hat. Gegen dieses Verfahren ist gleichfalls Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde eingelegt worden. — Gewarnt wird vor Annahme von Arbeit bei dem Zimmermeister Michael Langoth. Ferner sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste der unpfändbaren Kräfte auf dem Verbandsbureau einzusehen ist.

Platz i. Westf. Am 12. Juni fand im Vereinslokale in der Brunnenstraße eine von zehn Mitgliedern besuchte Versammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Wie schützen wir uns vor Lohnreduzierung? Seitens der Anwesenden wurde darüber Klage geführt, daß trotz der guten Konjunktur in diesem Jahre Stundenlöhne von 28 bis 42 S gezahlt wurden, was dem Vorjahr gegenüber eine Lohnreduzierung von 4 bis 6 S pro Stunde bedeutet. Das sei anscheinend nur deshalb geschehen, weil die Zimmerer Mitglieder des Verbandes geworden wären. Die Unternehmer hätten das bei ihren Reden durchblicken lassen. Auch der Bürgermeister von Platz schenke der jungen Organisation besondere Beachtung, was aus den Ausführungen des Unternehmers Rudnicki hervorgehe, der erklärt habe, wer von seinen Leuten im Verbands sei, brauche nicht mehr bei ihm zur Arbeit zu kommen. Ferner würden sie aus der Landeskirche ausgeschlossen, wenn sie ihren Austritt aus dem Zimmererverband nicht erklärten. Der Gauleiter, Kamerad Finsel, der in der Versammlung anwesend war, geißelte scharf das Gebaren der Unternehmer sowie das des Herrn Bürgermeisters. Letzterer müsse doch ebenfalls ein Interesse daran haben, wenn die Arbeiterschaft ihre Lage verbessere; denn daraus ziehe doch auch die Allgemeinheit Vorteile. Weiter eruchte er die Anwesenden, unbedingt bei der nächsten Lohnzahlung zu versuchen, daß ihnen der vorjährige Stundenlohn wieder gezahlt werde; geschehe das nicht, dann müsse die gegenwärtige Konjunktur dazu benutzt werden, den Arbeitgebern andere Ansichten beizubringen. Sie müßten erkennen, daß sie ihren Bedarf an Leuten nur durch die Organisation beziehen könnten und daß sie ebenfalls mit dieser die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln hätten. Die Anwesenden stimmten dem zu und versprachen einmütig, sich durch solche Machinationen nicht von ihrer Berufsorganisation trennen zu lassen. Nachdem noch ein Hilfskassierer für Larnowke gewählt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Liegnitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die von 70 Kameraden besucht war, fand am 19. Juni im Gewerkschaftshause statt. Aus dem vom Kameraden Lindner erstatteten Kartellbericht war zu entnehmen, daß die Firma Rother 50 Mann entlassen hat und Polen beschäftigt. Die alkoholischen Getränke im Gewerkschaftshause werden ab 1. Juli um 5 S erhöht. Die Versammlung wählte sodann an Stelle des bisherigen zweiten Vorsitzenden, der den Ort verläßt, einen andern Kameraden. Auch die Kolporteurstelle wurde neu besetzt. Unter „verschiedenes“ berichtete der Vorsitzende über die Einrichtung eines Kopfblattes für Liegnitz; hierzu sei eine Abonnentenzahl von 3000 nötig. Auch unsere Kameraden sollten deshalb sämtlich die Arbeiterpresse abonnieren. Zum Kinderfest wurde bekanntgegeben, daß der Ausmarsch vom Wilsenplatz stattfindet. Eine längere Aussprache fand über das demnächst stattfindende Mannschießfest statt. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß sich kein Mitglied unseres Verbandes daran beteiligen möge. Hierzu gestellte Anträge wurden zurückgezogen. Ein Antrag, der Vorsitzende möge in den Gauvorstand gewählt werden, fand die Zustimmung der Versammlung.

Wien. Am 16. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt, da die Aprilversammlung wegen schwachen Besuches ausgefallen war. Von 17 Mitgliedern waren 11 anwesend. Ueber „Krieg oder Frieden im Baugewerbe 1913“ referierte Kamerad Benada aus Berlin. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Der Kassierer gab anschließend bekannt, daß der Kamerad Karin sich weigere, die drei Extramarzen für die Streiktage zu zahlen. Die Versammlung beschloß, von ihm innerhalb acht Tagen eine Erklärung zu fordern und sich alles weitere vorzubehalten. Am Schluß wurde der Wunsch laut, die Berliner Kameraden möchten einmal einen Ausflug hierher arrangieren

Marienwerder. In der am 20. Juni abgehaltenen Versammlung wurde der Kartellbericht erstattet und hierauf der Kassenbericht entgegengenommen. Von mehreren bei der Firma Karris in Arbeit stehenden Kameraden wurde Beschwerde geführt, weil die Firma bei Arbeiten außerhalb des Lohngebietes nicht die Zeit der Bahnfahrt vergütet hat, sondern nur das Fahrgeld. Auch den Aufschlag für Karbolinumarbeiten hat sie nicht gezahlt. Es wurde eine Schlichtungskommission gewählt, die die Sache sobald wie möglich regeln soll. Die nächste Versammlung findet am 18. Juli statt und wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Neusalz. Am 26. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Im ersten Punkt hielt der Gauleiter einen Vortrag über die gegnerischen Organisationen und den Zentralverband der Zimmerer; seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In „Verbandsangelegenheiten“ erlebte die Versammlung zuerst die Arbeitseinstellung bei dem Unternehmer Winkler. Dort hatte sich der Polier gegen unsere Kameraden ungebührlich benommen, so daß diese beim Unternehmer dessen Entlassung beantragten. Nach ein-tägiger Arbeitseinstellung wurde das Hindernis aus dem Wege geräumt und die Arbeit wieder aufgenommen. Nach längerer Diskussion wurde den Beteiligten je M 1 Streikfortell wurde einem vom Holzarbeiterverbande zu uns übergetretenen Kameraden übertragen. Ferner beschloß die Versammlung, daß an Beardigungen in Zukunft drei Mann mit einem Kranze von Verbandswegen sich zu beteiligen haben. Der entstandene Arbeitsverlust wird aus der Lokalkasse gedeckt. Auf Antrag des Schriftführers wurde in eine Diskussion eingetreten, ob das hier noch bestehende Einkaufsweisen beim Antritt der Arbeit noch weiter aufrechterhalten werden solle. Die Versammlung beschloß, daß es mit dem heutigen Tage für Neusalz aufgehoben ist. Der Kassierer erwähnte noch besonders, darauf zu achten, daß die Restmochen bei den verschiedenen Mitgliedern endlich ins Reine gebracht würden. Zum Punkte „Agitation“ erwähnte der Gauleiter, daß wir besonders in der letzten Zeit durch rührige Agitation in der ganzen Umgegend gute Fortschritte gemacht haben; es möge auch in Zukunft jedes Mitglied sich tüchtig an dieser Arbeit beteiligen.

Ragnit i. Ostpr. Am 20. Juni fand im Lokale des Herrn Skindel eine schwach besuchte Versammlung statt, zu welcher auch unser Gauleiter, Kamerad Finsel, erschienen war, der über den miserablen Versammlungsbesuch nicht besonders erbaunt war. Wenn auch die gegenwärtige Arbeitsgelegenheit etwas zu wünschen übrig läßt, so kann sie doch kein Grund zur Mutlosigkeit sein. Recht bedauerlich ist es, daß gerade diejenigen Kameraden, welche bei dem Anschluß an den Verband das große Wort führten, zuerst die Flügel hängen lassen und noch nicht einmal ihre Beiträge zahlen. Daß diese Handlungsweise auf die übrigen Kameraden ihre Einwirkung nicht verfehlt, ist selbstverständlich. Kamerad Finsel ersuchte nun, durch eine Hausagitation den Verlust wieder auszugleichen. Hierbei soll versucht werden, die wankelmütigen Mitglieder wieder zu festigen; auch die Angehörigen der Mitglieder müßten bei dieser Gelegenheit von unsern Bestrebungen informiert werden, dann würden solche Zustände nicht wieder Platz greifen. Sodann wurde beschlossen, jeden Donnerstag vor dem Ersten eines Monats im Lokale des Herrn Skindel, abends eine Stunde nach Feierabend, eine Mitglieder-versammlung abzuhalten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Tilsit. Am 21. Juni fand im Lokale des Herrn Pajelad, Deutsche Straße, eine gut besuchte Mitglieder-versammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Praktiken und Taktik der christlichen Organisation“, hatte Kamerad Finsel das Referat übernommen. Derselbe schilderte die Entstehung der christlichen Organisation, die erfolgt sei, um die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu hindern, und vor allem, um der Zentrumspartei einen Rückhalt zu verschaffen. Die christlichen Gewerkschaften seien vom Zentrum abhängig. Redner schilderte dann die Entstehung der Kölner sowie die der Berliner Richtung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Letztere verwerfe den Streik, während die Kölner Richtung eine andere Taktik in dieser Beziehung verfolge. Aber auch diese Richtung habe sehr viel auf dem Kerbholz, sie sei noch schlechter als die Berliner Richtung; denn diese sage wenigstens, was sie wolle. An der Hand eines reichen Materials wies der Redner nach, wo die Kölner Richtung überall Streikbruch verübt habe, besonders besprach er die Vorgänge bei der jüngsten Bergarbeiterbewegung. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab Redner ein Bild, wie die christliche Organisation im Baugewerbe entstanden sei. Auch diese habe wiederholt Streikbruch begangen, wovon die Bauarbeiter in Königsberg, Braunsberg und Memel ein Lied singen könnten. Dieses Treiben sei mit der Zeit einem Teil der im christlichen Verbands organisierten Arbeiter zuwider geworden, sie hätten gegen ihre Führer resp. deren unsichtbare Hintermänner Front gemacht, was zur Folge hatte, daß die Christlichen im Baugewerbe bei den Lohnbewegungen oft mit uns zusammengingen; das sei aber nur aus taktischen Gründen geschehen. Es sei trotzdem nicht ausgeschlossen, daß wir bei künftigen Lohnbewegungen im Baugewerbe daselbe Schauspiel erleben könnten, wie bei dem letzten Bergarbeiterstreik. Um uns vor solchen unangenehmen Ueberraschungen zu schützen, sei es Pflicht, die noch fernstehenden unserer Berufsorganisation zuzuführen, und müßten wir unser Augenmerk darauf richten, die Christlichen fernzuhalten, da diese nur da einzudringen suchten, wo die freien Gewerkschaften bereits ihre Tätigkeit entfaltet hätten. Tue ein jeder auf diesem Gebiete seine Schuldigkeit, dann könnten wir der Zukunft getroßt entgegengehen, die Christlichen würden sich dann durch ihre Praktiken und Taktiken selbst das Grab graben. Reicher Beifall folgte den Ausführungen. Einer scharfen Kritik wurde das Ueberstundenwesen bei der Firma Westphal unterzogen. Dort werden zwölf Stunden gearbeitet, ohne daß es nötig ist; auch bezahlt die Firma den Aufschlag für die Ueberstundenarbeit nicht. Dem Vorsitzenden, der dieserhalb mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes Rücksprache genommen hatte, war versprochen worden, daß Abhilfe geschaffen werden solle, aber das ist bisher nicht geschehen. Daher wurde der Gauleiter er-

sucht, einzugreifen. Bedauerlich ist nur, daß bei dieser Firma lauter unorganisierte Zimmerarbeiter beschäftigt werden und nur einige Gesellen. Eine weitere Debatte entstand darüber, daß Zimmerer von Berlin, die bei der Betonfirma Wagh & Freitag beschäftigt sind, hier auf der Zellstoffabrik Betonarbeiten ausführen, aber nicht organisiert sind. Es soll der Versuch gemacht werden, diese zu organisieren. Ein Kamerad, der amesend war, aber Mitglied der Freien Vereinigung ist, erklärte, übertreten zu wollen. Es wurde beschlossen, eine Platzbesprechung abzuhalten, an welcher der Gauleiter mit teilnehmen soll. Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte mit einem Hoch auf unsere Berufsorganisation Schluß der interessanten Versammlung.

Vermischtes.

Gollnow. Der Zimmermeister H. R u s c h sucht seit Wochen im „Zimmerer“ Leute nach hier; dabei sind nur zwei Mann von zirka 20 organisiert. R u s c h gab am 17. Juni unserm Vertrauensmann die Erklärung ab, daß jetzt seine sämtlichen Leute dem Verband beitreten sollten. Seither haben zirka sieben fremde organisierte Kameraden angefangen. Am Sonntag, den 30. Juni, warteten wir vergeblich auf die R u s c h'schen Kameraden, die sich dem Verband anschließen sollten und wollten; dagegen erhielt unser Vertrauensmann seine Entlassung. Wir bitten dringend, den Zugang nach Gollnow fernzuhalten.

Sterbetafel.

Kolzig i. Schl. Am 26. Juni starb unser Mitglied Julius Schulz aus Kolzig im Alter von 45 Jahren an den Folgen eines Betriebsunfalles.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Hamburg fiel am 21. Juni an einem Bau am Speersort beim Unterfangen von Mauerwerk dem Maurer Sterzel ein Teil Erdmassen auf den Körper. Er erhielt innere Verletzungen und wurde ins Spitaltransportiert. — Am 22. Juni fiel an einem Bau in Groß-Flottbek dem Arbeiter Stüben ein Stück Eisen auf den Kopf. Er wurde schwer verletzt in seine Wohnung geschafft. — Am 24. Juni stürzte an dem Bau der Zinshütte in Schiffbeck der Arbeiter Gruber ab; er war nach wenigen Augenblicken tot. Die Eisenarbeiter waren mit dem Aufstellen von Eisenbindern beschäftigt. Man hatte mehrere Binder aufgestellt, sie aber nur provisorisch abgeschwertet. Der Verunglückte machte ein Seil los, die Binder gaben nach, und das Unglück geschah. Die Kontrolle seitens der Berufsgenossenschaft dürfte bei diesen Arbeiten etwas strenger sein. Aber auch die Arbeiter dieser Branche haben alle Ursache, die Bestrebungen der baugewerblichen Arbeiter, betreffend den Bauarbeiter-schutz, energisch zu unterstützen. — Am 25. Juni fiel an einem Bau in der Großmannstraße in Hamburg dem Arbeiter Frommann ein Stein auf die Nase, wodurch er erwerbsunfähig wurde. — Am Bau Rappolt in der Mönckebergstraße fiel am 27. Juni der Arbeiter Koluga in eine Kelleröffnung. R. starb nach kurzer Zeit. Der Unfall konnte nur deshalb geschehen, weil die Öffnung weder abgedeckt noch abgesperrt war. — Beim Abbruch des alten Turmes der Simeonskirche in Minden haben sich kurz hintereinander zwei tödlich verlaufene Unfälle ereignet. Ein Maurer stürzte aus einer Höhe von 20 m ab und ein Klempner aus 40 m Höhe. — In Mühlheim a. Rh. stürzte der Zimmerer Georg Schultheiß von einem Neubau ab. Er war beim Verlegen von Balken beschäftigt und fiel infolge eines Fehltritts aus der Höhe des ersten Stockwerks ab. Anscheinend trug er einen Bruch der Wirbelsäule davon, so daß er in besorgniserregendem Zustande dem evangelischen Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Bei den Kanalarbeiten in Oberhausen in der Mollkestraße wurde am 28. Juni der 28 Jahre alte Klempner Jent ver-schüttet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. Die Ursache des Einsturzes ist das Fehlen jeglicher Abstützung. Bei 3,50 m Tiefe waren nicht die geringsten Vorsichtsmaß-regeln getroffen.

Neubau- und Gerüsteinstürze. Der im November vorigen Jahres erfolgte Einsturz des Sägewerks von Grimm & Kraus in Forchheim beschäftigte vor kurzem die Strafkammer in Bamberg. Angeklagt waren beide Geschäftsinhaber. Sie sollen den Unfall durch Fahrlässigkeit und Verstoß gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verschuldet haben. Das wurde von ihnen bestritten; sie versuchten, die Schuld an dem Einsturz dem damals in dortiger Gegend mehrfach ziemlich stark auf-tretenden Erdbeben zuzuschreiben. Das Urteil der Sach-verständigen lautet aber übereinstimmend dahin, daß zu den Pfeilern ein Beton verwendet worden sei, der jeden Anspruch auf Haltbarkeit verloren gehabt habe. Die Beton-bearbeitung sei viel zu schwach gewesen, und das Mischungs-verhältnis 1 zu 12 (ein Teil Zement, zwölf Teile Kies) habe durchaus nicht den baupolizeilichen Vorschriften ent-sprochen. Schuld an dem Einsturz sei aber auch zum großen Teil die schwere Belastung der oberen Bodenräume gewesen, die die schwachen, aus sehr schlechtem Material hergestellten Pfeiler nicht hätten tragen können. Kraus wurde zu M 100 und Grimm zu M 150 Geldstrafe und zu den nicht unbedeutenden Kosten verurteilt. — Wenn man in Betracht zieht, daß bei dem Einsturz zwei Menschen-leben zu beklagen sind, dann ist das Urteil sicher recht mild ausgefallen.

Zum Kampf gegen den Wandschwindel. Dem unaus-gesetzten Drängen der baugewerblichen Unternehmer auf Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen will anscheinend die Re-gierung in etwas nachgeben. Wie die bürgerliche Presse

zu berichten weiß, sind im preussischen Handelsministerium erneute Erhebungen über die Notwendigkeit einer Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen eingeleitet. Von ihrem Ausfall wird es abhängen, ob für einzelne Gemeinden zunächst für eine Reihe von Jahren die Bestimmungen des zweiten Teiles des Gesetzes in Kraft gesetzt werden. Die früheren Erhebungen über die Konkurse von Bauunternehmern, welche die Gerichte veranstaltet hatten, haben zu keinem Ergebnis geführt, weil es unmöglich war, festzustellen, welche von den ausgefallenen Hypotheken durch Bauforderungen entstanden sind und welche sich auf andere Forderungen bezogen. Es ist deshalb eine neue Enquete eingeleitet, die sich in zwei Richtungen bewegt. Einmal werden unter Mitwirkung der Gerichte die Verluste festgestellt, welche den Handwerkern durch Zwangsversteigerungen entstanden sind. Ferner werden durch Vermittlung der Handwerkskammern und der Innungsverbände die Verluste der Handwerker ermittelt. Beide Ergebnisse soll das Statistische Landesamt verarbeiten. Die Untersuchungen erstrecken sich auf einen Zeitraum von drei Jahren, nämlich von 1909 bis 1911. Sie beziehen sich auf folgende Orte: Groß-Berlin, Breslau, Cassel, Köln, Dortmund, Kiel und Stettin. Auf diesem Wege hofft man zuverlässige Unterlagen für die Entscheidung der Frage zu gewinnen. Die Erhebungen sollen bis zum Ende dieses Jahres beendet sein.

Falls sich herausstellt, daß in einzelnen der oben angegebenen Gemeinden tatsächlich ein Bauchwandel in dem behaupteten Umfang besteht, so dürfte eine Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zunächst auf die Dauer von zehn Jahren durch königliche Verordnung verfügt werden. Nach den Bestimmungen des Gesetzes kann die landesherrliche Verordnung über das Inkrafttreten des zweiten Teiles zurückgenommen werden, und hieraus ergibt sich auch die Möglichkeit, sie von vornherein auf eine begrenzte Zeit zu erlassen. Bevor jedoch die königliche Verordnung ergeht, müssen die betreffende Gemeinde, die amtliche Handelsvertretung, die Handwerkskammer des Bezirks und die gesetzliche Arbeitervertretung gehört werden. Diese Organe müssen also um eine Aenderung über die Frage der Einführung des zweiten Abschnittes ersucht werden. Hierbei handelt es sich naturgemäß nur um beratende Gutachten, an deren Ausfall die Regierung bei ihrer Entscheidung nicht gebunden ist.

Allein nicht alle am Baugewerbe beteiligten Kreise sind von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einführung des zweiten Teiles des erwähnten Gesetzes überzeugt. Die Befürworter der Einführung sind vorwiegend in Handwerkerkreisen zu finden, während die sonstigen am Baugewerbe interessierten Personen und Korporationen einen gegenteiligen Standpunkt einnehmen. Ihrer Ansicht nach genüge schon vollauf eine Verschärfung des ersten Teiles des Gesetzes und eine strengere Beobachtung der hauptsächlich in Frage kommenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung. Sie haben eigens eine Kommission eingesetzt zur Beratung dieser Materie, die das Ergebnis ihrer Verhandlungen in einer Denkschrift vorlegt, in der es heißt:

„Nach § 35 Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung kann „unzuverlässigen“ Bauunternehmern der Gewerbebetrieb untersagt werden. Von dieser, für eine Besserung der Verhältnisse auf dem Baumarkte äußerst wesentlichen Befugnis ist in Berlin seit dem Bestehen der Bestimmung bedauerlicherweise nur in 21 Fällen Gebrauch gemacht worden, bei weitem häufiger dagegen in andern Teilen des Reiches, zum Beispiel in Dresden in einem Jahre in über 50, in Hamburg sogar in 180 Fällen. Nach Mitteilungen aus dortigen Interessentenkreisen ist die Besserung daselbst dem entschlossenen Einschreiten der Behörden zu verdanken. Eine schärfere Auslegung des Begriffes der „Unzuverlässigkeit“ durch die Polizeibehörden und die Bezirksausschüsse ist dringend erwünscht, nachdem die Erkenntnis, daß das Treiben gewissenloser und auch mangels jeglicher Sachkunde ungeeigneter Bauunternehmer und ihrer Helfershelfer im öffentlichen Interesse nicht länger geduldet werden kann, sich Bahn gebrochen hat. Es ist zu hoffen, daß sich die zuständigen Behörden dieser Einsicht nicht verschließen werden. Es dürfte sich empfehlen, den mit der Voruntersuchung betrauten Polizeibehörden bestimmte Vorschriften über das Vorgehen gegen verdächtige Bauunternehmer und deren Helfer zu geben. Um den erwähnten Dienststellen den nötigen Anhalt für ihr Vorgehen zu verschaffen, müßten ihnen, abgesehen von dem ihnen aus den Interessentenkreisen zugehenden Material, von den Gerichten diejenigen Bauunternehmer bezeichnet werden, welche den Offenbarungseid geleistet oder sich der Leistung entzogen haben, über deren Vermögen Konkurs eröffnet oder die Konkursöffnung mangels Masse abgelehnt worden ist, deren Grundstücke zur Zwangsversteigerung gelangt sind, oder die auf das Eigentum an ihren Grundstücken verzichtet haben. In der den Polizeibehörden zu erteilenden Anweisung würde insbesondere auch zu betonen sein, daß die Nichtbeachtung der im Gesetze vom 1. Juni 1909 vorgezeichneten Pflichten der Baubuchführung als „Unzuverlässigkeit“ im Sinne der Reichsgewerbeordnung anzusehen ist und dieserhalb eine öffentlich-rechtliche Kontrolle vorzuziehen sein, zumal die Baugläubiger, zu deren Schutz die Baubuchpflicht besteht, zu solcher Kontrolle nicht in der Lage sind.“

Nach § 35 Absatz 5 der Reichsgewerbeordnung ist der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer oder Bauleiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen usw. In der Praxis hat sich nun ergeben, daß vielfach von dem Paragraphen deshalb keine Anwendung gemacht werden konnte, weil zwar an der Unzuverlässigkeit des betreffenden Bauunternehmers wohl nicht zu zweifeln war, aber immerhin keine „Tatsachen“, wie das Gesetz sie verlangt, vorlagen. Es wäre daher eine Aenderung des Wortlautes des § 35 Absatz 5 beziehungsweise eine weitere Fassung erstrebenswert, damit dem gewissenlosen Treiben berüchtigter Bauunternehmer begegnet werden kann, bevor die Ansprüche der Bauhandwerker, Bauwerkserbanten und hauptsächlich auch der Bauarbeiter notleidend werden und verloren gehen.“

Die Gegner der Einführung des Gesetzes motivieren ihren Standpunkt auch damit, daß es geeignet sei, durch seine umständlichen und schwerfälligen Bestimmungen dem

kleinen Unternehmer mit geringem Betriebskapital das Bauen außerordentlich zu erschweren, und daß dadurch die Bautätigkeit entweder überhaupt nachlasse oder mehr und mehr auf Baugenossenschaften und Bauanstalten übergehen würde. Das Gesetz könne somit anstatt des angestrebten Schutzes am Ende gar unangenehme und schädigende Wirkungen zeitigen. Nach alledem wird es sich die Regierung immerhin zu überlegen haben, wie sie die strittige Frage einer möglichst glücklichen Lösung entgegenführt.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, dem führenden Verband des Arbeitgeberverbandes Unterelbe, wie er sich selbst bezeichnet, liegt der Geschäftsbericht für 1911 vor. Auch uns ist ein Exemplar übermittelt worden; zwar nicht von der Geschäftsstelle, sondern von irgendwem, der weiß, daß wir für derlei Sachen einiges Interesse haben. Berichterstatter ist der Geschäftsführer genannten Verbandes, W. G. H. Freiherr v. Reismis, Chefredakteur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“. Im Stile dieses ertragreichsten aller Scharfmacherorgane ist denn auch der Bericht gehalten. Aus ihm spricht unverföhlicher Haß gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Aber auch bitterer Groll gegen die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften, vor allem gegen den Reichstag, weil dieser nicht längst der Notwendigkeit „jungemäßer Eindämmung des Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften“ Rechnung getragen. Den bürgerlichen Reichsboten wird es sehr verargt, daß sie „die für eine vernünftige Korrektur der obwaltenden Mißstände“ eingetretene Minderheit im Stich gelassen. Da seien die bürgerlichen Vertreter in den Einzelparlamenten doch entschieden aufgetreten, wie die Anträge in der zweiten sächsischen Kammer und der Hamburger Bürgerschaft gezeigt hätten. Der Hinweis, daß durch die Revision der Strafgesetzbuch ein „Wandel zum Besseren“ herbeigeführt werden dürfte, sei ein recht magerer Trost, weil bis zur Beendigung der Revision wohl noch zehn Jahre vergehen könnten, mithin eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der bestehenden Zustände zu erwarten stehe. Bei einer solchen Sachlage sei es Recht und Pflicht derer, die darunter zu leiden haben, selbst die Initiative zu ergreifen.

Haben nach dem Bericht die gesetzgebenden Körperschaften in der vorerwähnten Frage zu langsam gearbeitet oder gar völlig versagt, so haben sie sich erst recht nicht den Dank der Scharfmacher erworben mit „der Fortführung des sozialen Reformwerkes“. Nicht eine einzige der sonstigen Aufgaben der Gesetzgebung sei in gleicher Ausführlichkeit behandelt worden, und noch immer sei es nicht genug. Es mehrte sich die „Besorgnis des Unternehmertums“ bezüglich der Ausbringung der Versicherungslasten. Der Unternehmergewinn werde auf ein Minimum herabgedrückt, und es werde nicht mehr möglich sein, dem Verlangen nach höheren Löhnen Rechnung zu tragen, und so werde es schließlich dahin kommen, daß selbst diejenigen, für die die sozialen Gesetze geschaffen seien, sie noch einmal ganz anders beurteilen würden. Diese Besorgnis ist mahelich rührend.

Schwere Vorwürfe macht der Bericht den bürgerlichen Parteien, die beim letzten Reichstagswahlkampf „zugunsten der Austragung allerhand Prinzipienfreitigkeiten“ es an der notwendigen Bekämpfung der Sozialdemokratie haben ermangeln lassen. Ihnen wird gar schlimm der Marsch geblasen: „Für das Gedeihen von Industrie und Gewerbe ist die endliche Minderung des sozialdemokratischen Einflusses auf das Fühlen und Denken der breiten Masse von ausschlaggebender Bedeutung. Statt dessen gewärtig zu sein, haben es weite Kreise der bürgerlichen Gesellschaft, verführt durch die Beteuerungen der um die Sicherung ihrer Mandate besorgten Parteimadonnen über sich gewonnen, der Sozialdemokratie direkt in die Hände zu arbeiten, nur um andere bürgerliche Parteien nachhaltiger schädigen zu können. Ein solches Verhalten ist angesichts des Ernstes der innerpolitischen Zeitlage, die dringender denn je den vollen Zusammenbruch der bürgerlichen Elemente fordert, vollauf dazu angetan, die Zweckmäßigkeit des bestehenden Parteiwesens in Frage zu stellen, und legt demgemäß den Unternehmern die Pflicht auf, ihrerseits auf eine grundlegende Reform der in Rede stehenden Verhältnisse hinzuwirken.“

Die Wirtschaftslage erfährt in dem Bericht keine günstige Beurteilung. Rohstoffe und Halbfabrikate seien im Preise in die Höhe gegangen, hingegen habe für die fertigen Produkte eine entsprechende Preiserhöhung nicht durchgeführt werden können. Zugegeben wird die lebhafteste Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise. Auch das Bestehen einer Teuerung vermag der Bericht nicht zu bestreiten, allerdings ist sie nach Ansicht des Berichterstatters nicht in dem Maße vorhanden, wie vielfach im Wahlkampfe behauptet worden sei. Doch auch die Löhne seien erheblich gestiegen, wodurch sich wiederum die Produktionskosten erhöhten und die Produktion selbst verteuert habe. Bewiesen ist diese letztere Behauptung durch nichts; das ist aber auch nicht nötig; denn jeder denkende Mensch weiß, daß es am allerwenigsten die Arbeiterlöhne sind, wodurch die Produktion verteuert wird.

Nachdem noch der Streik und Ausfahrungen 1911 gedacht ist, wird das Wachstum der sozialdemokratischen Gewerkschaften vermerkt und daraus der Schluß gezogen, „daß es Sache des industriellen und gewerblichen Unternehmertums ist, fortan in weit vermehrtem Grade denn zuvor auf die Berücksichtigung ihrer Wünsche seitens der gesetzgebenden Körperschaften zu drängen“. Daran vermag die Unternehmer natürlich niemand zu hindern. Eine andere Frage ist es allerdings, ob ihnen ihr Drängen viel nützen wird.

Aus dem Bericht erfahren wir dann noch einiges über den Stand der Arbeitgeberorganisation in Hamburg-Altona im Jahre 1911. Wie schon eingangs erwähnt, gehört der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona dem Arbeitgeberverband Unterelbe an, der 38 Lokalverbände umfaßt und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angegeschlossen ist. An der Spitze der 38 Verbände steht der Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona mit ebenfalls 38 ihm zugehörigen örtlichen Verbänden, die zusammen 8381 Betriebe mit 118 752 Arbeitern einschließen.

Ein sehr ausführliches Kapitel ist der Streitversicherung gewidmet. Seit sechs Jahren besteht eine solche für die in Frage kommenden Verbände in der „Gesellschaft

des Arbeitgeberverbandes Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“. Dieser Versicherung ist aber eine beträchtliche Anzahl der Verbände bzw. Mitglieder bisher nicht beigetreten. In 17 Verbandsbezirken war nicht ein einziger Unternehmer versichert. Der Versicherungsbestand belief sich am Jahresschluß 1911 auf 45 247 Arbeiter und M 59 709 020,15 Lohnsumme. Entschädigung wurde 1911 gezahlt für 422 596 Manntage zusammen M 400 850,07; davon hat Hamburg-Altona, wohl infolge des dreiwöchigen Holzarbeiterausstandes den Betrag von M 375 557,52 erhalten. Von der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“, bei der erstgenannte Gesellschaft rückversichert ist, wurden M 72 500 erstattet. Seit dem 1. Januar 1912 ist der Geltungsbereich der Gesellschaft auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt. Alle Arbeitgeber, sofern sie einem Arbeitgeberverband angehören, können sich anschließen. Der Beitrag beträgt M 2 für je M 1000 Lohnsumme. Die versicherten Firmen können die Versicherung auch auf den in ihren Betrieben gehaltenen Pferdebestand ausdehnen bei einem jährlichen Beitrag von M 3 pro Pferd. Im Falle eines Ausstandes wird für jedes nicht beschäftigte Pferd eine tägliche Entschädigung bis zu M 1,50 gewährt.

Der Bericht registriert auch die verschiedenen Arbeitsdifferenzen im Verbandsgebiet und enthält am Schluß noch eine Arbeitsnachweisstatistik, aus der unter anderem auch hervorgeht, daß durch den Nachweis des Baugewerbeverbandes zu Hamburg im Berichtsjahre 15 119 Personen vermittelt wurden. Den sonstigen Inhalt des Berichtes sichten wir uns. Daß der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona nach wie vor rücksichtslos und mit allen Mitteln die Bestrebungen der Arbeiterschaft niederzuhalten und diese selbst zurückdrängen versuchen wird, daran haben wir noch keinen Augenblick gezweifelt. Ebensovienig aber daran, daß die Hamburg-Altonaer Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen wird, um dem Arbeitgeberverband zu zeigen, daß auch den Scharfmachergeflüsten Grenzen gesetzt sind, deren Ueberstreichung recht unliebsame Wirkungen auslösen könnte.

Gewerkschaftliche Rundschau.

„Christliche“ Taktik. Der in unserer Nr. 24 vom 15. Juni dieses Jahres unter vorstehender Signatur erschienene Artikel hat ins Schwarze getroffen. Der eifrigste Leser des „Zimmerer“, der „christliche“ Gewerkschaftsbeamte Lang in Nürnberg, rückte sofort mit einer „Berichtigung“ dagegen los, die unsere Leser inzwischen gewürdigt haben dürften. Die „Baugewerkschaft“, das Organ des „christlichen“ Bauarbeiterverbandes, schreibt in ihrer Nr. 26 vom 30. Juni:

Eine Leistung. Bekanntlich fand zu Pfingsten die Kartellversammlung der süd-, ost- und westdeutschen katholischen Arbeitervereine statt. Darüber berichtet der „Zimmerer“, Organ des freien Zimmererverbandes in seiner Nr. 24 folgendes:

„Eine „christliche“ Gewerkschaftsbeamten-Zusammenkunft hat zu Pfingsten in Frankfurt a. M. getagt; sie hat den Papst angedepeschert.“

Dazu jagt man am besten — gar nichts.

Anderes macht es die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, sie bringt ihre Wut so zum Ausdruck:

Wißdjin n. Hier einige Proben von dem Wißdjin, der leßthin in Verbandsblättern, die informiert sein wollten, über den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager verzapft wurde.

„Wir lesen im „Zimmerer“ (Nr. 24):

„Eine „christliche“ Gewerkschaftsbeamten-Zusammenkunft hat zu Pfingsten in Frankfurt a. M. getagt; sie hat den Papst angedepeschert. Der Endjak der Depesche lautet: . . . Die von Leo XIII. in der Enzyklika erwähnten „Organisationen sollen katholisch-konfessionelle Vereinigungen mit bestimmten religiösen Zwecken sein und der Leitung und der Obhut der Bischöfe unterstehen. Das trifft auch auf die „christlichen“ Gewerkschaften zu, was nicht nur ihre Praxis schlagend beweist, sondern auch die vorstehende Ergebenheitsumgebung der „christlichen“ Gewerkschaftsführer und die darauf erfolgte päpstliche Antwort unverkennbar darthut. Uebrigens schreibt auch die „Königliche Volkszeitung“ in ihrem Unmut über die päpstliche Antwort, daß „Sunderte und Tausende jeleinerige Priester als geistliche Präsidenten und Generalpräsidenten jener Arbeitervereine fungieren“. In den „christlichen“ Gewerkschaften kommt also nicht der Eigenwille der Arbeiter zum Ausdruck; er kann darin nicht zum Ausdruck kommen, weil die Klerisei darin maßgebend ist.“

Dieser hanebüchene — wirklich nicht mehr zu überbietende — Unfinn steht in einem „modernsten“ Blatte der „allermmodernsten“ Gewerkschaften. In fünfzehnjähriger Denkarbeit hat es die Redaktion des „Zimmerer“ noch nicht so weit gebracht, daß sie katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften zu unterscheiden vermag.

Natürlich hat bei uns eine Denkarbeit von kaum 15 Minuten dazu gehört, um herauszufinden, in welchem Verhältnis die katholischen Arbeitervereine zu den „christlichen“ Gewerkschaften und diese zu jenen stehen. Nämlich in dem Verhältnis der Ueber- und Unterordnung, wie es in der ultramontanen Hierarchie nicht anders ist und nicht anders sein kann. Die nahezu vierzehn Jahrgänge der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ haben unsere Erkenntnis dieser Tatsache ebensovienig erschüttern können, wie die nahezu dreizehn Jahrgänge der „Baugewerkschaft“. Im Gegenteil, jede Nummer der beiden Blätter hat unsere Erkenntnis befestigt. Und der Gewerkschaftsstreit im ultramontanen Lager, wie seine Verweisung an die Großen der ultramontanen Hierarchie, dürfte auch andern Zeiten die

Augen geöffnet haben. Freilich schmerzt das den ultramontanen Gewerkschaftsführern, daher ihre Wut, die uns nicht wehe tut.

Die „Schmiede-Zeitung“, das Organ des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, hat in diesen Tagen ein Jubiläum begangen. Vor 25 Jahren, am 2. Juli 1887, erschien die erste Nummer des „Bruder Schmied“, des Vorläufers der „Schmiede-Zeitung“. Sein Redakteur und Herausgeber war Fr. Theiß, der Mitbegründer der Schmiedeorganisation; der Verlag lag in Händen der Firma Jensen & Co. in Hamburg, die auch zahlreiche andere Gewerkschaftszeitungen vertrieb. Sechzehn Jahre hindurch hat der „Bruder Schmied“ für die Interessen der Schmiede gestritten; am 27. Juni 1903 erschien seine letzte Nummer. Am 4. Juli 1903 löste ihn die „Schmiede-Zeitung“ ab, die seitdem in anerkannter Weise gewirkt hat. Im laufenden Monat findet im Schmiedeverband eine Urabstimmung über den Anschluß der Schmiede an den Metallarbeiterverband statt. Entscheidet sich die Mehrheit der Schmiede für den Anschluß, woran kaum noch zu zweifeln ist, dann geht die „Schmiede-Zeitung“ ein und die literarische Interessenvertretung der Schmiede übernimmt die „Metallarbeiter-Zeitung“.

Den organisierten Arbeitern zur Beachtung. Seit Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Arbeiter in Berufsverbänden stetig vorwärts geschritten. Ueber zweieinhalb Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den freien Gewerkschaften vereinigt. Trotz der Schwierigkeiten, die seitens der Unternehmer und deren Helfersbelfer, dem Staat und seinen Organen, den Arbeiterorganisationen bereitet worden sind, können diese von stetem Fortschritt der Bewegung berichten und wohl mit Sicherheit behaupten, daß alle Versuche, die Arbeiterorganisationen zu vernichten, niemals Erfolg haben werden. Die Ueberzeugung, daß die Berufskollegen sich zusammenfinden und einig und geschlossen ihre Interessen dem vereinigten Unternehmertum gegenüber vertreten müssen, hat in den Reihen der intelligenten Arbeiter zu tief Wurzel gefaßt, um jemals wieder ausgerottet werden zu können. Selbst mit Gewalt wird dies nicht möglich sein.

Um so bedauerlicher ist es, daß die Arbeiterinnen erst in so verhältnismäßig kleiner Zahl den Weg zur Organisation gefunden haben und trotz energischer Bestrebungen der Organisationen sich so schwer von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit ihren Berufskollegen und -kolleginnen überzeugen lassen.

Ganz besonders ist dies zu sagen von den Heimarbeiterinnen. Wer zählt die Hunderttausende, die im Hause mit Erwerbsarbeit beschäftigt sind, bei niedrigen Affordpreisen, so daß die Arbeitszeit weit über das für Arbeiterinnen gewerblicher Betriebe geüblich festgelegte Maximum von zehn Stunden täglich ausgedehnt werden muß, sollen nur einigermaßen annehmbare Verdienste erzielt werden. Auch die amtliche Statistik kann die als Heimarbeiterinnen tätigen weiblichen Familienangehörigen nicht in vollem Umfange erfassen, da teilweise die Arbeit aus verschiedenen Gründen verschwiegen wird, dann aber auch, weil sich die Heimarbeiterinnen selbst nicht darüber klar werden können, ob sie hauptberuflich erwerbstätige Heimarbeiterinnen sind, oder ob sie diese Arbeit als mit-helfende Familienangehörige oder als Nebenerwerb ausüben. Dadurch geben die amtlichen Zahlen über die als Heimarbeiterinnen in den einzelnen Berufen tätigen Personen keinen genauen Nachweis über die tatsächlich vorhandenen Erwerbsarbeiterinnen.

Jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse weiß aber, daß in jedem Hause der Arbeiterviertel eine Anzahl Heimarbeiterinnen tätig sind. Sie sind unter anderem beschäftigt bei der Herstellung künstlicher Blumen, in der Puffederbranche, der Lederindustrie, in der Textilbranche, der Tabakfabrikation, im Bekleidungs-gewerbe, und hier vor allen Dingen in der Kleider- und Wäsche-konfektion.

In all diesen Berufen sind aber auffallenderweise die allgemeinen Arbeitsbedingungen keine günstigen. Es ist dies auch kein Wunder. Daß die Unternehmer nicht aus freien Stücken die Arbeitsbedingungen den Verhältnissen entsprechend gestalten und verbessern, braucht an dieser Stelle des nähern wohl nicht örtlich zu werden. Ueberall ist und war es die organisierte Arbeiterschaft, die Forderungen auf bessere Löhne oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen stellen und zur Durchführung bringen mußte. Heimarbeiterinnen aber sind fast ausschließlich noch immer unorganisiert. Wo diese nun einen erheblichen Teil der Berufsarbeiter darstellen, liegt natürlich für die Unternehmer kein Grund vor, allzu schnell den Forderungen der organisierten Berufsarbeiter zu entsprechen. Sie stützen sich auf die große Zahl Heimarbeiterinnen, die eventuell zur Verfügung stehen, als einzelne arbeitend, ohne Zusammenhalt mit den übrigen Berufsarbeitern und ohne informiert zu sein über die Vorgänge im Beruf.

Die Heimarbeiterinnen also sind es, die zum großen Teil verhindern, daß in den Berufen mit erheblicher Heimarbeit die Berufsangehörigen nicht vorwärts kommen. Hieran sollten die organisierten Arbeiter denken, in deren Familien Heimarbeit verrichtet wird. Wiederholt schon haben Gewerkschaftskongresse und Versammlungen den organisierten Arbeitern empfohlen, auf ihre in der Heimarbeit beschäftigten Frauen und Töchter einzuwirken und sie von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Bis jetzt aber ohne nennenswerten Erfolg. Gewiß gelingt es auch beim besten Willen auch innerhalb der Familie nicht ohne weiteres und auch nicht immer, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Und auf Zwangsmittelber verzichten auch die Organisationen gern, die Heimarbeiterinnen aufnehmen. Systematische Aufklärungsarbeit aber würde doch von wesentlichem Einfluß sein und ihre Wirkung nicht verfehlen.

In dieser Weise vorzugehen, unterlassen aber häufig auch die Männer, die von dem Wert der Organisation für sich und ihre Kollegen voll und ganz überzeugt sind. „Es hat bei den Frauen doch keinen Zweck, die verstehen es doch nicht.“ hört man oft die Männer sagen, und deshalb wird jeder ernstere Versuch unterlassen. Die organisierten

Arbeiter vergessen aber ganz, wie langsam der Gedanke des Zusammengehörens auch bei ihnen Platz gegriffen hat und daß den Frauen viel weniger Gelegenheit gegeben ist, die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens begreifen zu lernen und sich über die Vorkommnisse des täglichen Lebens zu unterrichten. Im Hause abgeschlossen lebend, von tausend kleinen Sorgen in Anspruch genommen, die aber doch imstande sind, den ganzen Menschen niederzudrücken, haben sich die Frauen ein gewisses kleinliches Wesen angeeignet. Ihr Verkehr sind in der Hauptsache die Kinder oder andere Frauen der Arbeiterklasse. Und so finden sie selten Gelegenheit, mit Männern zusammenzukommen, von denen sie anderes hören, als das, was sie selbst beschäftigt. Den Heimarbeiterinnen ist es auch ver sagt, im Arbeits-prozess schon kennen zu lernen, was vereinte Kraft imstande ist, zu bewirken. Ganz naturgemäß löst ein Hand-in-handarbeiten, ein Angewiesensein auf die Mithilfe der übrigen Beschäftigten bei der Arbeit, den Gedanken aus, daß vereinte Kräfte Schwierigkeiten überwinden können. Dies Zusammenarbeiten der Werkstattarbeiter hat wesentlich das siegreiche Vordringen des Organisationsgedankens in der Arbeiterklasse gefördert, wenn es auch dem einzelnen weniger zum Bewußtsein kommt.

Eins aber müßten die organisierten Arbeiter auch gelernt haben: Die Verhältnisse eines Berufs wirken auf die anderer Berufe zurück. Bei der starken Anteilnahme der weiblichen Erwerbstätigkeit bildet ferner auch die unorganisierte Frauenerwerbsarbeit eine direkte Gefahr für die Arbeitsbedingungen aller Berufe.

Der Einfluß der Mutter auf die junge Arbeiterin ist in der Regel sehr stark. Ist jene aber von der Notwendigkeit der Organisation aller Erwerbenden überzeugt, wird sie selbstverständlich ihre Tochter nicht hindern, sich der Gewerkschaft ihres Berufs anzuschließen, was heute noch sehr oft vorkommt. Auch nach dieser Richtung hin wird also Aufklärungsarbeit unter den Frauen gute Früchte tragen.

Würde der Mann gelegentlich seinen weiblichen Familienangehörigen von den Erfolgen der Organisation erzählen, würde er ebenso Uebergriffe des Unternehmertums zur Kenntnis bringen und anknüpfend an Vorgänge, die imstande sind, das weibliche Empfinden geradezu auf-zureißen, die Ursachen erläutern und Schlussfolgerungen ziehen, dann dürfte es doch wohl nicht unmöglich, ja nicht einmal schwer sein, die Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen.

Natürlich darf auch nicht versäumt werden, die Frau über die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu unterrichten. Dies geschieht aber nicht, wenn ihr aus der Zeitung nur die Geschichte und der lokale Teil überlassen wird. Hat die Frau kein Interesse oder keine Zeit, selber die Zeitung zu lesen, so muß der Mann versuchen, ihr über das, was er gelesen hat, kurz zu berichten. Hin und wieder wird sich bei gutem Willen hierzu schon Zeit finden.

Der gute Wille aber muß eben vorhanden sein und die Einsicht, daß es nicht genügt, wenn der Mann organisiert ist und „das viele Geld bezahlt“. Es besteht doch in den Reihen der organisierten Arbeiter wohl kaum noch darüber Zweifel, daß dies Geld auf angelegt ist. Es gewährt die Sicherheit, gegen Uebergriffe des Unternehmertums geschützt zu sein und Rückhalt zu haben, wenn Erwerbsunfähigkeit oder andere Ursachen die Verdienstmöglichkeit beschränken.

Deshalb gehören die Berufsarbeiter — die männlichen wie die weiblichen — eben in die Organisation, die für ihr Gewerbe zuständig ist, ohne Rücksicht auf die Art ihrer Tätigkeit. Dies sollten endlich auch die organisierten Arbeiter einsehen und mit aller Kraft dahin arbeiten, daß die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zur Durchführung kommen und die erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen, die als Heimarbeiterinnen unter traurigen Bedingungen zur Erhaltung der Familie beitragen müssen, den zuständigen Organisationen zugeführt werden.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 39. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 s. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Hamburg 1912. Verlag des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Erster Band. Preis M. 5.

Der vorliegende erste Band einer auf zwei Bände berechneten umfangreichen Geschichte der oben bezeichneten Berufsorganisation enthält eine Darstellung der Gebräuche und Gewohnheiten aus der Zukunft, die Vorgeschichte und Geschichte der Schmiedebewegung von ihren Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes, nebst einem Anhang, Urkunden und Abbildungen aus dem Kunst- und Innungsleben. Dieser erste Band ist bearbeitet von Emil Basner-Berlin, der seit seinen jungen Jahren mitten in der Schmiedebewegung gestanden und an allem teilgenommen hat, was für diese Bewegung von Bedeutung war. Als eifriger Historien-sammler ist er in der gesamten Arbeiterbewegung bekannt.

Die Geschichte der Schmiede erscheint zur rechten, das heißt, zu einer Zeit, wo sie erscheinen mußte, wenn sie überhaupt erscheinen sollte. Befamntlich wird der Schmiedeverband in einigen Monaten zu existieren aufgehört haben, und wenn dieser Fall eingetreten sein wird, dann hat auch die Geschichte der Schmiede ihren Abschluß gefunden, ohne daß sich wer finden dürfte, diese Geschichte zu schreiben. Denn was der vorliegende Band enthält, konnte zum überwiegenden Teile nur von jemandem geschrieben werden, der die Zeiten des Sozialistengesetzes miterlebt und dabei in dem so mühseligen Gewerkschaftsleben an den Brennpunkten gestanden hat. Das trifft aber auf Emil Basner zu.

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. herausgegeben vom Genossen Max Grunwald, werden in den nächsten Tagen ihr Erscheinen im Verlage

von Raden & Komp. in Dresden beginnen. Diese Abhandlungen und Vorträge sollen ihren unterschiedlichen und wesentlichen Charakter vor ähnlichen Unternehmungen darin zeigen, daß zunächst jede Abhandlung und jeder Vortrag in sich abgeschlossen erscheint und doch zugleich durch das genau bezeichnete Quellenmaterial zu weiteren Studien anregt. Das agitatorische Moment soll nur in der Sache, in dem Material liegen, nicht in der Form. Daher wird in erster Linie auf Leser gerechnet, die in der sozialistischen Lehre bereits einige Kenntnisse besitzen und sich fortbilden wollen. Vom Herausgeber und einer Reihe sachkundiger Mitarbeiter werden zunächst folgende Gegenstände behandelt werden: „Zur Einführung in Mary Kapitäl“; „Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik“; „Goethe und die Arbeiter“; „Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit“; „Die sozialdemokratischen Reichstagswähler in ihrer sozialen Gliederung“; „Technik, Natur und Gesellschaft“; „Lohn und Zeit der Arbeit in Deutschland“; „Die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie in Deutschland“. — Heft 2: August Mai, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik und Heft 3: Max Grunwald, Goethe und die Arbeiter sind bereits erschienen und zum Preise von 40 s pro Heft durch alle Buchhandlungen und Kolporture sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Soeben ist als 51. Band der Internationalen Bibliothek im Verlag von F. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: **Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich** (1789 bis 1912) von Paul Louis. Autorisierte Uebersetzung von Hedwig Kurucz-Göflein. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Dr. G. Göflein. Preis broschiert M. 2,50, gebunden M. 3.

Die französische Gewerkschaftsbewegung hat bisher noch keinen Historiker gefunden; nur einzelne Epochen der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats sind flüchtig skizziert worden. Das vorliegende Werk soll nun die Aufgabe erfüllen, einen Ueberblick über die ganze Entwicklung der berufsweise gegliederten Arbeiterorganisationen seit dem Sturze des absolutistischen Regierungssystems zu bieten.

Das Werk wird von einer längeren Einleitung des Herausgebers begleitet, die in ausgezeichneter Weise die eigenartigen Verhältnisse bloßlegt, unter denen sich die gewerkschaftliche Bewegung in Frankreich entwickelte und dem Syndikalismus in die Arme geführt wurde.

Der Autor hat der deutschen Ausgabe seines Werkes ein besonderes Vorwort gewidmet sowie ein Schlusskapitel beigelegt, das den jetzigen Stand der französischen Gewerkschaftsbewegung darstellt.

Außerdem bringt ein Anhang die deutsche Uebersetzung der Statuten des Zentralverbandes der Arbeit (C. G. T.) sowie die in Vorschlag gebrachten Musterstatuten für die Gewerkschaften, und die auf dem Kongreß von Amiens (1906) beschlossene Prinzipienklärung des Syndikalismus.

Wir glauben, daß mit der Herausgabe dieses Buches die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung mit einem wertvollen Beitrag bereichert worden ist.

Im Verlag von F. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter.** Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen. Von R. Bommeli. 21. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Mit zwei farbigen Tafeln und 40 Abbildungen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die große Chronik. — Einteilung der Erdgeschichte. — Die Urzeit der Erde und die archaischen Formationen. — Das Altertum der Erde. — Das Mittelalter der Erde. — Die Neuzeit oder das kanaanäische Weltalter.

Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 s, gebunden M. 1. Vereinspreis 50 s.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 14. Nummer des 29. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 s. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag F. H. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 20 des 22. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 s. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 s, unter Kreuzband 85 s. Jahresabonnement M. 2,60.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaftskommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefaßte Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Montag, den 8. Juli:

Barmen-Elberfeld: Abends 9 Uhr im Volkshaus zu Elberfeld, Hombücher Straße. — **Berlin:** Nach Feierabend, „Zur Eisenbahn“, Am Bahnhof.

Dienstag, den 9. Juli:

Attenburg: Im Gewerkschaftshaus, Hillgasse. — **Emden:** Abends 8½ Uhr im Hotel „Velleue“. — **Halberstadt:** Abends 8½ Uhr bei Bollmann, Bakenstr. 63. — **Mülheim a. Rh.:** Abends 9 Uhr bei Michael Mayer, Deutzer Straße 68. — **Potsdam:** Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — **Strehlen:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im Lokale Neutreichsam.

Mittwoch, den 10. Juli:

Görlitz: In „Stadt Hamburg“, Ober-Steinweg. — **Mülheim a. d. Ruhr:** Bei Hollenberg, Dickswall 10. — **Schwerin:** Abends 8 Uhr im „Thalia“-Restaurant, Graf-Schack-Straße. — **Werdau:** In der „Feuertugel“.

Donnerstag, den 11. Juli:

Neumünster: Abends 8 Uhr bei Blohm, Plöner Straße 7.

Freitag, den 12. Juli:

Coburg: Nach Feierabend im Lokal „Neue Welt“, Leopoldstraße. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 13. Juli:

Castrop: Abends 8 Uhr bei Frick Schlüter, Kriegerdenkmalstr. 26. — Dortmund, Bezirk Mengede: Abends 8 Uhr beim Wirt Drevermann; Bezirk Schwerte: Abends 8 Uhr in der „Reichskrone“. — Frankenberg: Abends 8 1/2 Uhr im „Stadtpart“. — Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Hamm i. Westf.: Bei Siegmund Braun, Königstraße 34. — Leer i. Ostf.: Abends 8 1/2 Uhr bei Bernhard Fischer, Wördestraße. — Lüdenscheid: In der „Zentralhalle“, Grabenstr. 16. — Mühlhausen i. Th.: Abends 8 1/2 Uhr im „Burgkeller“. — Mühlhausen i. Eis.: Abends 8 Uhr bei Weinzorn, Dornacher Straße 6. — Roda: Nach Feierabend im Gasthof „Zum Reihgrund“. — Tangermünde: Abends 8 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Uetersen: Abends 8 Uhr bei C. Sievers, Herberge. — Wanne: Bei Gomburg, Schulstr. 24.

Sonntag, den 14. Juli:

Böhm: Vorm. 10 Uhr bei Krenkel, Molteplatz. — Cöln, Bezirk Kalk: Vorm. 10 1/2 Uhr bei Niek, Victoriastraße 70. — Dortmund, Bezirk Hörde: Nachm. 3 Uhr bei W. Bräcker, Lennighofer Straße; Bezirk Sittgendortmund: Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kranefeld; Bezirk Linen: Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Duisburg-Hamborn: Nachm. 3 Uhr bei Großelose in Hamborn, An der Zinkhütte. — Eiche: Nachm. 3 1/2 Uhr bei Johns in Stubben-Adelndorf. — Goldberg i. M.: Nachm. 4 Uhr in der Herberge. — Hildesheim: Vorm. 9 Uhr im Verkehrslokal von G. Mische, Brühl 37. — Lehnin: Nachm. 3 Uhr bei Laege, Hauptstr. 63. — Lindau: Vorm. 10 Uhr im „Engelgarten“. — Metz: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße 7. — Mühlheim a. Rhein, Bezirk Wiesdorf: Nachm. 4 Uhr bei Rudolf Krüner, Rüppertweg. — Neubamm: Nachm. 3 1/2 Uhr im „Kaiserhof“. — Oberhausen: Vorm. 10 Uhr im Lokale „Zur deutschen Bierhalle“, Ecke Grenz- und Friedenstraße. — Odesloe: Nachm. 4 Uhr im Hotel „Stadt Lübeck“.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung an den Zentralvorstand einzusenden. Die Beiträge sind nicht durch Postanweisung, sondern durch das Postfachamt Hamburg 11 zu überweisen unter folgender Adresse: „Zur Gutshaus auf das Konto Nr. 3330 des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands, Hamburg, bei dem Postfachamt in Hamburg 11.“ Zahlarten sind bei jeder Postanweisung unentgeltlich zu beziehen.)

Nachruf.

Am 4. Juni starb nach schwerem Leiden unser treuer Kamerad

Johannes Hess

aus Bischofsheim. [M. 3,60] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Frankfurt a. M. und Umg.

Nachruf.

Am 19. Juni starb nach schwerem Leiden unser treuer Kamerad

Karl Schütte

aus Hude im Alter von 23 Jahren. [M. 3,60] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Delmenhorst.

Todesanzeige.

Am 25. Juni entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden unser treuer Kamerad

Ernst Schulz

im fast vollendeten 25. Lebensjahre. [M. 3,60] Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Memel.

Achtung!

Zahlstelle Braunschweig.

Laut Beschluß haben sich alle zureisenden Kameraden, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden

Otto Decker, Nidelufk 43, part.,

zu melden. Sie erhalten dort einen Meldezettell; ohne diesen kann hier niemand in Arbeit treten. [M. 1]

Zahlstelle Glogau und Umg.

Mittwoch, den 10. Juli, abends 6 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Schreyer, „Alte Reichsbank“, Kirchstr. 1.

Referent anwesend.

Das Erscheinen jedes Kameraden ist Pflicht.

[1,10]

Der Vorstand.

Zahlstelle Cöln.

Die Adresse unseres Zahlstellentassierers ist: Wilhelm Denker, Cöln-Cölz, Berrenrathstr. 165, 1. St. Sämtliche laffengeschäftlichen Angelegenheiten sind dorthin zu melden. [80 &] Der Vorstand.

Zahlstelle Grimme i. Pomm.

Allen zureisenden Kameraden zur Kenntnis, daß sie sich, bevor sie umschauen, zu melden haben beim Kassierer Robert Rieckelt, Grimme i. Pomm., Promenade 311. [50 &]

Zahlstelle Mülheim a. d. Ruhr.

Die Adresse des neugewählten Kassierers, des Kameraden Georg Schwab, ist Aktienstr. 108, 1. St. [60 &] Der Vorstand.

Zahlstelle Ratzeburg.

Umshauen ist verboten! Zureisende oder arbeitslose einheimische Kameraden haben sich laut Beschluß der Versammlung beim Kameraden

Wilhelm Mohrwinkel, Schulstr. 293, zu melden, wo ihnen weitere Auskunft gegeben wird. [90 &] Der Vorstand.

Zahlstelle Schwerin.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist vom 1. Juli ab: L. Leesch, Mehrwieder 3; des ersten Kassierers: H. Rodbertus, Werderstr. 7. [90 &] Der Vorstand.

Zahlstelle Wolfenbüttel.

Jedes zureisende Mitglied hat sich laut Versammlungsbeschluß, bevor es umschauen geht, bei dem Vorsitzenden H. Heuer, Breite Herzogstr. 27 (Hinterhaus), zu melden, woselbst Arbeit nachgewiesen wird, soweit solche vorhanden ist. [80 &]

Zahlstelle Zehdenick.

Sonntag, den 6. Juli: • Sommervergnügen • Erscheinen ist Pflicht jedes Kameraden. [M. 2,40] Der Vorstand.

Aufforderung!

Die fremden Zimmerer Ernst Hauenschild aus Grafe b. Silbesheim, Karl Oehse aus Lohau und Fritz Schlicht aus Berlin, sendet Eure Adresse an J. Stronek, Königsberg i. Pr., Magisterstr. 45. [M. 1,80]

Um Angabe der Adresse oder des letzten Aufenthaltsortes von

Heinrich Stühmer

geboren am 22. Dezember 1875 zu Wulfsmoor, Kreis Steinburg (Schleswig-Holstein), wird dringend gebeten. [M. 3]

Jos. Hoeveler, Zimmerpolier, Düsseldorf-Heerdt, Hingasse 22.

Fritz Gottschalk, fremder Zimmergeselle aus Breslau, oder wer seinen Aufenthalt kennt, wird gebeten, wichtiger Angelegenheiten halber seine Adresse mitzuteilen an seinen Bruder Adolf Gottschalk, Bukarest (Rum.), Galea Mosilor 318. [M. 1,50]

Wilhelm Homburg und Fritz Weber, Zimmerer, sendet bitte Eure Adresse an Arthur Syroky, Zimmerer, Wittnau i. d. Schweiz (Kanton Aargau), „Gasthaus zur Krone“. [M. 1,50]

Oskar Kiefer, Zimmerer, geboren am 14. Juni 1876 in Breslau, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen den Kameraden in der Zahlstelle Speyer gegenüber nachzukommen. Mitteilungen erbeten an Kassierer Jakob Schmitt, Speyer, Gr. Greifengasse 6. [M. 1,50]

Heinrich Nitzmann und Fritz Bunk, Zimmerer aus Kiel, sendet Eure Adresse an Karl Lorenz, Oberhausen i. Rheinld., Josephstr. 59. [M. 1,20]

Zimmerpolier durchaus event. mit einer Kolonne Zimmerleuten für den Neubau von zwei Bahnhöfen sofort gesucht. [M. 2,40] Jos. Heseler, Plettenberg i. W.

Zimmerleute stellt ein W. Hoppe, Güssen, Regb. Magdeburg. [M. 2,40]

Verkehrslonale, Berbergen usw.

(Zahresrate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten 4 S., jede weitere Zeile 2 S. mehr. Freigebühren werden nicht verholgt. Renaufnahmen erfolgen nach Einsendung des Betrages.)

- Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen für Berlin und Umg. SO, Engelauer 15, 8. St., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. — O. Paul Teich, Kraustr. 36. Amt Sönnigstadt, Nr. 6716. Bezirk 4. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — N. Otto Zügel, Stolpische Straße 44. Amt Norden, Nr. 8857. Verkehrslokal des Bezirks 15. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — N. Karl Raach, Weissenburger Straße 35. Amt Norden, Nr. 8859. Verkehrslokal des Bezirks 16. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — N. Joh. Allan, Bergstr. 62. Amt Norden, Nr. 1458. Verkehrslokal des Bezirks 11. Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — SO. Conrad Berger, Wiener Straße 55. Amt Moritzplatz, Nr. 10908. Verkehrslokal des Bezirks 6. Arbeitsvermittlung sowie jeden zweiten Montag im Monat Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — SO. Wilhelm Grabert, Kaufinger Platz 8. Amt IV, Nr. 1903. Bezirk 5. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — SW. Reinhold Böhmen, Kreuzbergstr. 12. Amt V, Nr. 4281. Zahlstelle des Bezirks 8. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr: Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentralfrankentasse. — Breslau. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17, part. Geöffn. vorm. von 10 bis 12 Uhr u. nachm. von 3 bis 4 Uhr. Arbeitslose und Zugereiste haben sich dort zu melden. — Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolozeum“, Zwickauer Straße 152, 1. St., Zimmer 15. Herberge des Verkehrslokals: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Hainstr. 41. Cöln a. Rh. Versammlungslokal und Herberge: Volkshaus, Severinstraße 198/199. Verkehrslokal: Heinrich Gompesch, Kämmergasse 18. Meetings, ganz gleich welcher Art, sind beim Vorsitzenden, Verlengraben 83, 2. St., zu erlangen. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitsangelegenheit, bevor sie umschauen, ebenfalls beim Vorsitzenden zu melden. — Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Vestingstraße 32. Zureisende Mitglieder sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich dafelbst zu melden. — Dresden. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich im Volkshaus, Ritzbergstr. 2, 2. St., 3. 27 und Maxstr. 13 (Nähe Wettiner Bahnhof); Telefon Nr. 10425. — Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Wefenbinderhof 57/68, 2. St. Telefon: Gruppe 6, 4428. Geöffn. vorm. 11—1 Uhr, nachm. 5—7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend benanntgebenen Bureau zu melden. Messerzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt. — Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei J. Brodmann, Zehmschulstr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat Zahlabend. — Bez. 16. Verkehrslokal bei G. Certeus, Kl. Bergstr. 18. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hamburg-Mitteln. Verkehrslokal bei Ch. Erhorn, Mohlenhoffstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags werden Beiträge entgegengenommen. — Hamburg-Hammerbrook. Ernst Gemming, Gothenstr. 58. Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentralfrankentasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr. — Hamburg-Neustadt. Bezirks- und Verkehrslokal bei F. Kröger, Großneumarkt 86, Keller. Telefon: Gr. I, 3209, Nr. 1. Beiträge werden Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags entgegengenommen. Zusammenkünfte werden durch Postzettel betamitgegeben. — Hamburg-St. Georg. Bezirkslokal der Zimmerer bei Fr. Prinz, Ecke Bayer- und Borgelstraße. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr Zahltag. Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. — Hamburg-St. Pauli. Verkehrslokal bei D. Schmidt, Bartelsstr. 63. Telefon: Gr. I, 9055, unter Blum. Jeden Sonnabend Zahlabend. Zusammenkunft jeden zweiten Sonnabend im Monat. — Hamburg-Simsbüttel. Albert Lemde, Verkehrslokal, Wellealliancestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentralfrankentasse. Telefon: Gr. 4, 2782. — Hamburg-Warmstedt. D. Memmer, Dehnhaube 120. Vermietung von Zimmererwerkzeug. — Verkehrslokal bei G. Rohweder, Mühlbaldstr. 67. Teleph.: Gr. 6, 3075. Am zweiten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft. Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr Beitragsentgegennahme. — Hamburg-Samm. Horn, Borgelde. Verkehrslokal bei Peter Dose, Mittelstr. 95. Telefon: Gr. 4, 747. Am zweiten Dienstag eines jeden Monats Zusammenkunft. — Hamburg-Ilhnenhorst. Leop. Haedrich, Mozartstr. 17. Verkehrslokal der Zimmerer. Jeden zweiten Dienstag im Monat Zusammenkunft. — Hamburg-Eppendorf. Paul Dierks, Martinstr. 5. Telefon: Gr. 5, 1430, Nr. 1. Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden dritten Mittwoch im Monat Zusammenkunft. — Hamburg-Ottensen. Bezirk 17. Verkehrslokal bei G. Heborn, Wahrenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hamburg-Redel. Bezirk 5. Verkehrslokal bei Adolf Winter, Redeler Markt 4. Telefon: Gr. 4, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Göthe, Mothenburgsstr. — Hamburg-Rothenburgsdorf. Verkehrslokal bei Friedrich Göthe, Ecke Röhrendamm und Lindienstraße. Telefon: Gr. 4, 2190. — Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei Hiedemann, Vogelhüttenbeich 23. Telefon: Gr. 4, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft. — Hamburg-Winterhude. Bezirk 11. Verkehrslokal bei S. Schulz, Winterhuber Markt 16. Telefon: Gr. 5, 6919. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. — Hannover. Bureau und Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Nikolaistr. 7, 2. St., Zimmer 28. Telefon 3170. Geöffn. von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Herberge Eingang Odeonstr. 15/16. Jeden ersten und dritten Sonntag im Bureau der Zahlstelle der Zentralfrankentasse der Zimmerer. — Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. St. Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat. — Königsberg i. Pr. Bureau, Zahlstelle: Tannaustr. 28, 2. St. Telefon 2827. Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat Tannaustr. 28. — Leipzig. Robert Beger, Süßstr. 49. Verkauf und Vermietung von Zimmererwerkzeug. — Lübeck. Die Versammlungen der Zahlstelle finden Donnerstags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Gewerkschaftshaus, Johannesstraße 50/52, statt. Zimmererherberge bei Johs. Mohr, Hundstr. 101. — Magdeburg. Geschäftsstelle Fachlokal 9. Telefon 2406. Arbeitslofenmeldung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Reiseunterstützung von 5 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Verkehrslokal und Herberge: „Zur neuen Welt“, Fachloksberg 9. — München. Bureau der Zahlstelle: Kapuzinerstr. 7/0, 1. St. Telefon 6690. Sprechstunden von 10 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 1/2 Uhr. Arbeitslofenmeldung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Reiseunterstützung von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis: Kapuzinerstr. 7/0. Zentralherberge: Wefenbachstr. 4a. — Nürnberg. Bureau der Zahlstelle: Breite Gasse 25/27, 2. St., Wlb., Zimmer 15. Dafelbst Auszahlung der Reise- und Arbeitslofenunterstützung. Versammlung jeden ersten Dienstag im Monat in der „Goldenen Role“, Webers Platz 6. Zentralherberge: Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“, Neue Gasse 13. Arbeit suchende Kameraden werden erucht, den Arbeitsnachweis, Fabrikstr. 3, zu melden und sich im Zahlstellenbureau zu melden. — Wilhelmshaven u. Umg. Bureau: Want, Mürringer Straße 28, part. Geöffn.: Wochentags von 7 bis 8 Uhr abends. Zugereiste haben sich vor dem Umshauen nach Arbeit im Bureau zu melden.